

Rheinland-Pfalz – ein stetiger Aufstieg

Die Bilanz der Landesregierung

2001 bis 2006



Rheinland-Pfalz

Wir machen's einfach.

Gliederung

Vorwort	4
Einleitung: Rheinland-Pfalz – ein stetiger Aufstieg	5
1. Wirtschaft und Finanzen, Arbeitsmarkt und Strukturentwicklung	8
1.1 Wirtschaft	8
1.2 Haushalt und Finanzen	10
1.3 Arbeit	11
1.4 Konversion	12
1.5 Informationstechnologie und Multimedia	13
1.6 Verkehr und Straßenbau	14
1.7 Tourismus	15
1.8 Landwirtschaft und Weinbau	15
2. Bildung, Wissenschaft und Kultur	17
2.1 Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten	17
2.2 Schulen	18
2.3 Spezielle Förderungen	20
2.4 Hochschul- und Wissenschaftspolitik	21
2.5 Kulturpolitik	23
3. Familie, Soziales und Gesundheit	25
3.1 Familienpolitik	25
3.2 Gesundheit	26
3.3 Menschen pflegen	27
3.4 Behinderte Menschen gleichstellen	28
3.5 Miteinander der Generationen	29
3.6 Wohnen und Bauen	29
4. Bürger und Staat	31
4.1 Innere Sicherheit	31
4.2 Moderne und bürgerfreundliche Justiz	33

4.3	Verwaltungsmodernisierung	35
4.4	Entlastung der Kommunen	36
4.5	Zuwanderung und Integration	37
4.6	Bürgerschaftliches Engagement	39
4.7	Sport	40
5.	Umweltschutz und Nachhaltigkeit	41
5.1	Hochwasserschutz	41
5.2	Naturschutz	42
5.3	Forstwirtschaft	42
5.4	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	42
5.5	Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Tierschutz	43
5.6	Energieversorgung	44
6.	Internationale Beziehungen und Partnerschaften	45
6.1	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	45
6.2	Außenbeziehungen und Partnerschaften	45
7.	Ausblick: Demographischer Wandel als Herausforderung und Chance	47

Vorwort

Die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz haben bei der Landtagswahl am 25. März 2001 für die Fortsetzung des Regierungsbündnisses aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten gestimmt. Sie haben damit zugleich das seit 1991 bestehende Mandat für eine sozial-liberale Regierungsarbeit um weitere fünf Jahre verlängert.

Dieses Vertrauensvotum war für die Landesregierung Auftrag und Verpflichtung zugleich, sich den Herausforderungen zu Beginn des neuen Jahrtausends offensiv zu stellen und unser Land in schwierigen Zeiten voranzubringen, um den Menschen in Rheinland-Pfalz eine sichere Zukunft zu ermöglichen.

Mit der vorliegenden Bilanz legt die Landesregierung Rechenschaft über ihre Arbeit in den vergangenen fünf Jahren ab. Am Ende der 14. Legislaturperiode lässt sich festhalten, dass wir durch gemeinsame Anstrengungen, Tatkraft und neue Ideen vieles erreicht und geschaffen haben. Rheinland-Pfalz hat einen sichtbaren Aufschwung genommen und konnte sich im Standortwettbewerb der bundesdeutschen Länder auf zahlreichen Feldern hervorragend platzieren. Mit besonderer Genugtuung erfüllt uns deshalb das Urteil unabhängiger Experten, die in ihren Länderbewertungen Rheinland-Pfalz einen stetigen Aufstieg bescheinigen und der Landesregierung ein hohes Maß an Anerkennung für ihr innovatives und zukunftsgerichtetes Wirken zollen.

In Zeiten des Umbruchs und der Neuorientierungen nach Wegen zu suchen, um Lösungen zu ringen und Impulse für die Zukunft des Landes und seiner Menschen zu setzen war und ist das zentrale Anliegen der Landesregierung.

Kurt Beck, MdL, Ministerpräsident

Hans-Artur Bauckhage, MdL, stellvertretender Ministerpräsident

Einleitung: Rheinland-Pfalz – ein stetiger Aufstieg

Wirtschaft, Finanzen, Arbeit und Strukturentwicklung

Nach Ansicht von unabhängigen Experten ist Rheinland-Pfalz der große Aufsteiger unter den Ländern. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die **wirtschaftliche Entwicklung**. Mit einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum, mit der höchsten Exportquote aller Flächenländer, mit kontinuierlich steigender Selbständigenquote und vorbildlicher Betreuung der Existenzgründer durch die Landesregierung, mit beispielhaften Konversionserfolgen und mit einer vergleichsweise günstigen Arbeitslosenquote hat Rheinland-Pfalz beste Chancen, auch künftig eine dynamische Wirtschaftsregion zu sein. Die Landesregierung wird diese positive Entwicklung weiterhin mit Beharrlichkeit und Tatkraft unterstützen.

Bildung, Wissenschaft und Kultur

Bildung und Wissenschaft haben in Rheinland-Pfalz höchste Priorität. Sie sichern die individuelle Entfaltung, sind der wichtigste Faktor zur Erhaltung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit im nationalen und internationalen Vergleich und bilden die Zentren der Wachstumskerne der Zukunft. Bei der Einrichtung von Ganztagschulen kann Rheinland-Pfalz eine Vorreiterrolle beanspruchen. Mit dem Programm „Zukunftschance Kinder - Bildung von Anfang an“ wird - neben dem bereits bestehenden sehr guten Angebot an Kindergartenplätzen - die Betreuung, Erziehung und vor allem Bildung von Kindern im Vorschulalter ab 2006 ausgebaut und weiterentwickelt.

Das Hochschulprogramm „Wissen schafft Zukunft“ stellt den Hochschulen zwischen 2005 und 2009 insgesamt 125 Mio. Euro zur Verfügung. Damit setzt die Landesregierung ihren 1991 eingeschlagenen Weg konsequent fort, die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen zu stärken und damit das Land insgesamt voran zu bringen.

Familien, Soziales und Gesundheit

Die Landesregierung hat die Lebensbedingungen für Familien konkret verbessert. Aus diesem Grund hat sie das Projekt „Viva Familia – Servicestelle für lokale Bündnisse“ initiiert, mit dem durch konzentrierte Aktionen vor Ort die Familien unterstützt werden. Weiterhin fördert sie Familien verstärkt bei der Bildung von Wohneigentum sowie Unternehmen und Verwaltungen, die ihren Beschäftigten familienbewusste Arbeitsbedingungen bieten, mit einem Zuschuss zum „Audit Beruf & Familie“.

Die Sozialpolitik der Landesregierung zielt auf die Unterstützung alter, kranker und behinderter Menschen. Beispiele hierfür sind: die Änderung der Kommunalverfassung zur Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die kommunalen Seniorenbeiräte und Beiräte für die Teilhabe der Menschen mit Behinderungen, die Initiative „Menschen pflegen“ zur Etablierung einer qualitativ hochwertigen Pflege oder die Verabschiedung eines Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen.

Bürger und Staat

Das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürger zum Staat ist heutzutage einem beachtlichen Wandel unterworfen. Mehr und mehr spielen partnerschaftliche Bindungen eine Rolle, die offene und unbürokratische Wechselbeziehungen zulassen. Mit der Schaffung eines „Bürgerbüros“ als Anlaufstelle in der Staatskanzlei wurden effektiv Verwaltungshierarchien durchbrochen und mehr Bürger-nähe geschaffen.

Die Landesregierung trägt dem Wunsch der Menschen nach innerer Sicherheit in besonderer Weise Rechnung. Beleg ist die hohe Aufklärungsquote, die im Jahr 2004 den besten Wert seit Einführung der bundesweit einheitlichen Kriminalstatistik erreicht hat.

Einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz verfolgt die Landesregierung bei der Kriminalprävention. Hier unterstützt sie die Bildung von entsprechenden Netzwerken und kriminalpräventiven Räten insbesondere auf der kommunalen Ebene.

Rheinland-Pfalz ist ein Land, in dem sich viele Menschen freiwillig engagieren. Dieses bürgerschaftliche Engagement fördert die Landesregierung durch die Schaffung struktureller Rahmenbedingungen auf breiter Basis. Der Abschluss einer Sammelhaftpflicht- und einer Sammelunfallversicherung für ehrenamtlich Tätige in Rheinland-Pfalz und die Einrichtung einer landesweit vernetzten „Ehrenamtsagentur“ sind hierfür Beweis.

Zum Wohle der Menschen ist die Landesregierung ein verlässlicher Partner der Kommunen im Land. Mit dem Beistandspakt und dem Stabilitätsfonds zur Verstetigung der kommunalen Einnahmen, der Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung und der Einführung der „Kommunalen Doppik“, die den Bürgerinnen und Bürgern einen besseren Einblick in die kommunale Finanzlage ermöglicht, sind in dieser Legislaturperiode entscheidende Weichenstellungen verwirklicht worden. In der Fachwelt haben diese Regelungen bundesweit eine hohe Anerkennung erfahren.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Die langfristige Erhaltung und bedarfsgerechte Nutzung unserer natürlichen Ressourcen ist eine zentrale Leitlinie der nachhaltigen und pragmatisch orientierten Umweltpolitik dieser Landesregierung. Mit Konzepten wie z.B. „Naturschutz durch Nutzung“ finden ökologische und wirtschaftliche Aspekte gleichermaßen Berücksichtigung. Der langfristige Hochwasserschutz sowie die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Kommunen finden maßgebliche Unterstützung durch die Landesregierung. Dies gilt auch für den Verbraucherschutz, dessen Förderung – in Bezug auf die Einwohnerzahl des Landes – einen Spitzenplatz unter den Ländern erreichen konnte.

Internationale Beziehungen und Partnerschaften

Aufgrund der fortschreitenden Globalisierung und der Erweiterung der Europäischen Union werden internationale Verflechtungen immer bedeutsamer. Rheinland-Pfalz unterhält deshalb eine Vielzahl

von grenzüberschreitenden Beziehungen und Partnerschaften. Durch mannigfache Kontakte, Vereinbarungen und gemeinsame Projekte hat die Landesregierung diese internationalen Verbindungen in den zurückliegenden Jahren weiter vertieft. Im Vordergrund standen dabei zweifelsohne die Kontakte zu unseren europäischen Nachbarn. Aber auch die Beziehungen zu Fujian, South Carolina und Ruanda erfreuten sich einer intensiven Pflege durch die Landesregierung und zahlreiche Vereine und Organisationen in Rheinland-Pfalz.

Demographischer Wandel – Herausforderung und Chance

Der sich immer deutlicher abzeichnende Bevölkerungsrückgang sowie die Verschiebungen in der Altersstruktur werden in den kommenden Jahrzehnten Staat und Gesellschaft vor erhebliche Herausforderungen stellen. Die Landesregierung hat schon sehr frühzeitig die Notwendigkeit zum langfristigen Handeln erkannt. Es gilt, heute die richtigen Weichen zu stellen, um Wohlstand und Lebensqualität dauerhaft zu sichern.

Sämtliche Politikbereiche werden daher unter den Bedingungen des demographischen Wandels neu justiert. Die Landesregierung setzt hierbei klare Schwerpunkte:

- Sie **stärkt Familien**, denn dies ist die Voraussetzung dafür, dass sich mehr Menschen für Kinder entscheiden.
- Sie **investiert in Bildung und Qualifikation**. Denn je weniger wir werden und je stärker die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften wird, desto wichtiger ist es, dass jede Person ihre Fähigkeiten optimal entfalten und in das Gemeinwesen einbringen kann.
- Sie **fördert das Miteinander und die Solidarität der Generationen**, denn es ist wichtig, Jung und Alt mit ihren jeweiligen Fähigkeiten zusammenzubringen und ihre unterschiedlichen Erfahrungen füreinander nutzbar zu machen.
- Sie **unterstützt die Kommunen bei der notwendigen Anpassung**, denn die Auswirkungen des demographischen Wandels machen sich vor allem vor Ort bemerkbar.

Diese Schwerpunktsetzungen unterstreichen den Willen der Landesregierung, den demographischen Wandel nicht als Bedrohung, sondern als Chance für die Neuausrichtung unseres Gemeinwesens zu begreifen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich in der zurückliegenden Legislaturperiode allen Herausforderungen und Notwendigkeiten konsequent gestellt. Sie hat sich stets von Verantwortungsbewusstsein und Entschlossenheit leiten lassen und dabei nie den Grundsatz der Koalitionspartner „Nah bei den Menschen“ aus den Augen verloren.

1. Wirtschaft und Finanzen, Arbeitsmarkt und Strukturentwicklung

Arbeit und wirtschaftlicher Erfolg sind die Fundamente einer funktionierenden Gesellschaft und die Grundlage für eine positive Zukunftsentwicklung unseres Landes. Oberstes Ziel der Landesregierung in der Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik ist es daher, Wachstum und Entwicklung durch nachhaltige Konzepte wirkungsvoll zu unterstützen und auf diese Weise zu einer Verbesserung der Beschäftigungssituation beizutragen.

Eng verbunden mit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage ist die Entwicklung der Staatsfinanzen, die einen verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit den finanziellen Ressourcen unseres Landes erforderlich macht. Von daher hat die Landesregierung ihre haushalts- und finanzpolitischen Aktivitäten in hohem Maße auf die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung ausgerichtet.

In der vergangenen Legislaturperiode ist im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik sowie der Strukturentwicklung Beachtliches erreicht worden. Die positiven Entwicklungen zahlreicher ökonomischer Indikatoren sowie Vergleiche mit anderen Ländern belegen, dass die Landesregierung mit ihren politischen Konzepten einen erfolgreichen und richtigen Weg beschreitet.

1.1 Wirtschaft

Der Landesregierung ist es in den vergangenen Jahren, trotz enger werdender finanzieller Spielräume, gelungen, mithilfe gezielter Finanzierungs- und Investitionsmaßnahmen die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz weiter zu verbessern. Hierdurch konnte die **Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Unternehmen nachhaltig gestärkt** werden, was nicht zuletzt in einem überdurchschnittlichen Wachstum zum Ausdruck kommt. Nach Untersuchungen der „WirtschaftsWoche“ und des Instituts der deutschen Wirtschaft belegt Rheinland-Pfalz in den Jahren 2002 bis 2004 mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 2,1 Prozent den dritten Platz im Vergleich aller Länder.

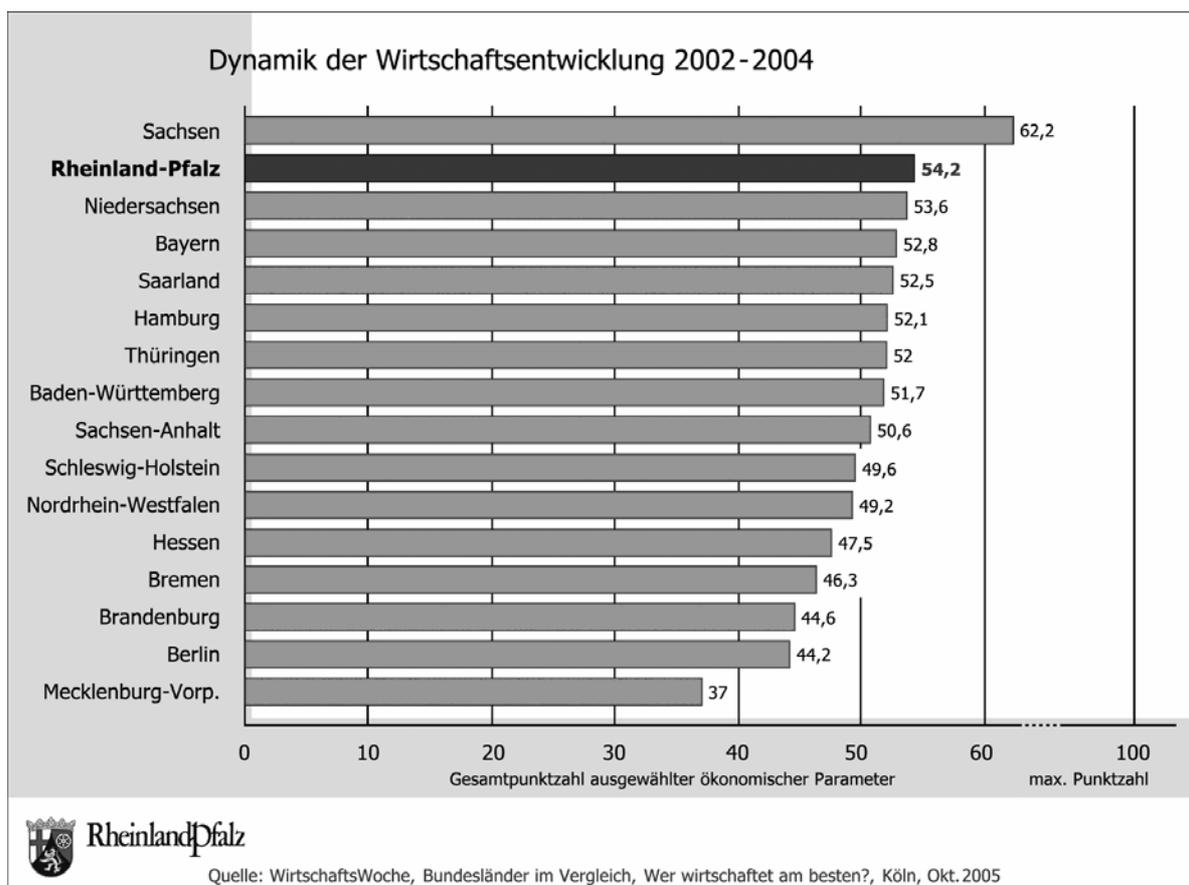
Im Zeitraum **zwischen 2001 und 2004** hat die Landesregierung **fast 1.800 Mio. Euro** für die **Wirtschaftsförderung** bereitgestellt. Mit der Regionalförderung, dem Mittelstandsförderungsprogramm, dem Konversionsprogramm, den Bürgerschaftsprogrammen und den Ausbildungsplatzprogrammen konnten in dieser Zeit mehr als **51.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze neu** geschaffen bzw. gesichert werden. Mit der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) verfügt das Land über ein Förderzentrum, das Unternehmen in allen Fragen der Wirtschaftsförderung unkompliziert und unbürokratisch berät, schnelle Entscheidungen gewährleistet und hierdurch bundesweit eine hohe Reputation erworben hat.

Bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen kommt dem Handwerk eine besondere Rolle zu. **Rheinland-Pfalz hat sich** deshalb **bei der Novellierung der Handwerksordnung** im Bundesrat dafür **eingesetzt**, dass 41 Handwerksberufe - insbesondere solche, die sehr viel ausbilden - weiterhin nur mit Meisterbrief selbstständig ausgeübt werden dürfen. Die hohe Qualität

handwerklicher Leistung und die überdurchschnittliche Ausbildungsleistung dieses Wirtschaftszweiges bleiben so erhalten. Um darüber hinaus die berufliche Ausbildung weiterhin zu sichern und zu fördern, haben Landesregierung, Unternehmen, Verbände, Kammern und Arbeitsverwaltung im Rahmen der Vereinbarung „Rheinland-Pfalz für Ausbildung“ zahlreiche Aktivitäten entfaltet und so in 2004 eine **Steigerung der Ausbildungsplatzzahlen um 3,6 Prozent** erreichen können. Der „Ovale Tisch des Ministerpräsidenten für Ausbildung“ konnte hierbei ebenfalls viele wichtige Impulse geben.

Bestätigung und Anerkennung für die **effektive Wirtschaftspolitik der Landesregierung** sind die eindeutigen Bewertungen unabhängiger Fachinstitute, die Rheinland-Pfalz im Länder- und Standortvergleich hervorragend einstufen. Hinsichtlich der Qualität der Wirtschaftsförderung erreicht unser Land den ersten Rang (Ernst & Young 2004) und in der jüngsten Bertelsmannstudie nimmt es beim Aktivitätsindex den dritten Platz ein.

Auch das Bundesländerranking der „WirtschaftsWoche“ bestätigt diese **positive Entwicklung von Rheinland-Pfalz**. Die wirtschaftliche Dynamik und hier insbesondere der Gründungsboom der zurückliegenden Jahre schlagen sich dort in der zweitbesten Platzierung aller Bundesländer nieder.



Der Erfolg der Landesregierung bei der Unterstützung wettbewerbsfähiger und international aktiver Unternehmen findet ebenso seinen Niederschlag in der **höchsten Exportquote aller deutschen Flächenländer**. Im Verlauf dieser Legislaturperiode ist sie von etwa 42 Prozent im Jahr 2001 auf knapp 46 Prozent in 2004 gestiegen, bei der gewerbliche Wirtschaft erreichte sie sogar mehr als 48 Prozent.

Gerade auch die Osterweiterung der EU bietet der exportorientierten rheinland-pfälzischen Wirtschaft große Chancen. Andererseits stellt der größere Binnenmarkt – wie überhaupt die Globalisierung im Allgemeinen – die heimische Wirtschaft vor große Herausforderungen.

Die Landesregierung nutzt ihre Einflussmöglichkeiten in Brüssel vor Ort ebenso wie bei der innerstaatlichen Umsetzung europäischer Richtlinien im Bundesrat, um die Chancen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zu fördern und den allfälligen Strukturwandel sozialverträglich zu gestalten. Beispiele für dieses Engagement sind Aktivitäten und Stellungnahmen der Landesregierung zur Dienstleistungsrichtlinie, zur Beihilfepolitik, zur Zuckermarktordnung oder zur Chemikalienverordnung.

1.2 Haushalt und Finanzen

Die Landesregierung verfolgt seit Jahren in ihrer Haushalts- und Finanzpolitik einen konsequenten Konsolidierungskurs. **Ziel** ist hierbei, trotz anhaltender schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und Einbrüchen bei den Steuereinnahmen, den **Landeshaushalt mittelfristig auszugleichen**.

Aus diesem Grund hat die Landesregierung bereits in der Finanzplanung von 1999 die jährliche Wachstumsrate der Ausgaben für die Jahre 2000 bis 2008 auf 1,9 Prozent beschränkt. Nach weiteren steuerlichen Einnahmeverlusten sind die Ausgaben nochmals in mehreren Schritten reduziert worden. In den Jahren 2000 bis 2004 stiegen sie deshalb durchschnittlich nur noch um 1,1 Prozent. Gegenüber der Finanzplanung von 1999 liegen im aktuellen Finanzplan für 2008 die Ausgaben um 1,1 Mrd. Euro niedriger.

Dank der beharrlich verfolgten Konsolidierungsstrategie hat Rheinland-Pfalz als eines der wenigen Länder **in den vergangenen Jahren ausschließlich verfassungskonforme Haushalte** vorgelegt. So konnte sich Rheinland-Pfalz 2004 beim Schuldenstand im Vergleich der westlichen Flächenländer gegenüber 2000 um einen Platz auf den fünften Rang verbessern. Ebenso zeigt der jüngste Finanzhilfebericht für die Jahre 2002 bis 2006, dass die Subventionen insgesamt um rund 60 Mio. Euro zurückgeführt werden konnten.

Zum notwendigen Sparen muss aber auch eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Umschichtung der Haushaltsmittel treten. Die Landesregierung hat deshalb in den vergangenen Jahren konsequent Schwerpunkte gesetzt, um die wirtschaftliche Dynamik und den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz zu stärken. Zugleich wurde vermehrt in Bildung, Wissenschaft und Familie investiert.

Dass die Landesregierung mit ihrer Haushalts- und Finanzpolitik auf dem richtigen Weg ist, belegen – im Vergleich zu anderen Ländern – wichtige finanz- und wirtschaftspolitische Kennzahlen.

Rangplatzierungen der westlichen Flächenländer ^(a)

Ausgewählte Wirtschafts- und Finanzindikatoren	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SL ^(b)	SH	
Wirtschaftswachstum 2002-2004	6.	2.	8.	4.	3.	1.	7.	5.	
Arbeitslosenquote Juni 2005	1.	2.	4.	6.	8.	3.	5.	7.	
Ausgaben Land und Gemeinden ^(c) 2004	4.	5.	8.	1.	7.	2.	6.	3.	
Investitionsquote 2004	7.	1.	5.	8.	4.	2.	3.	6.	
Haushaltsdefizite 2001 bis 2004	2.	1.	3.	7.	6.	4.	8.	5.	
Schuldenstand je Einw.:	2000	2.	1.	3.	5.	4.	6.	8.	7.
	2004	2.	1.	3.	6.	4.	5.	8.	7.
Zins-Ausgaben-Quote 2004	2.	1.	3.	6.	5.	4.	8.	7.	

Anmerkungen:

(a) 1. Rang = günstigster Wert.

(b) Zahlen nach Abzug der Sanierungszuweisungen des Bundes.

(c) Wegen der unterschiedlichen Aufgabenverteilung zwischen Land und Gemeinden ist eine Betrachtung nur von Ländern / Gemeinden wenig aussagekräftig.

1.3 Arbeit

Ein besonderer Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Politik ist die Bekämpfung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit sowie die Begleitung des Strukturwandels. Erfolgreich konnte deshalb Rheinland-Pfalz in den letzten zehn Jahren die **höchste Steigerungsrate bei der Beschäftigungsentwicklung** verzeichnen und sich nach Bayern und Baden-Württemberg **in der Spitzengruppe** der Bundesländer **mit der niedrigsten Arbeitslosenquote** platzieren.

In den vergangenen fünf Jahren hat die Landesregierung mit ihrer **aktiven Arbeitsmarktpolitik** etwa 140.000 Menschen beraten, qualifiziert und in Arbeit vermittelt. Rund 3.000 Projekte mit einem Mittelvolumen von ca. 210 Mio. Euro wurden durchgeführt, wodurch ein **bedeutsamer Beitrag zur Beschäftigungssicherung** in unserem Land geleistet werden konnte.

Um die Situation arbeitsloser Menschen in Rheinland-Pfalz weiter zu verbessern, hat die Landesregierung, neben den vielfältig bestehenden Maßnahmen, die **Arbeitsmarktinitiative „Neue Chancen: 6.000 plus für Jung und Alt“** gestartet, die vor allem junge und ältere Arbeitslose in Beschäftigung bringen soll. Darüber hinaus wurde ein Maßnahmenpaket zur Förderung junger Menschen aufgelegt, das Projekte und **Initiativen** in diesem Bereich unter dem Titel **„Jugend in Arbeit“** zusammenfasst. Die Konzepte setzen im Wesentlichen an den Übergängen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf an und sollen Jugendlichen Unterstützung in diesen Phasen bieten.

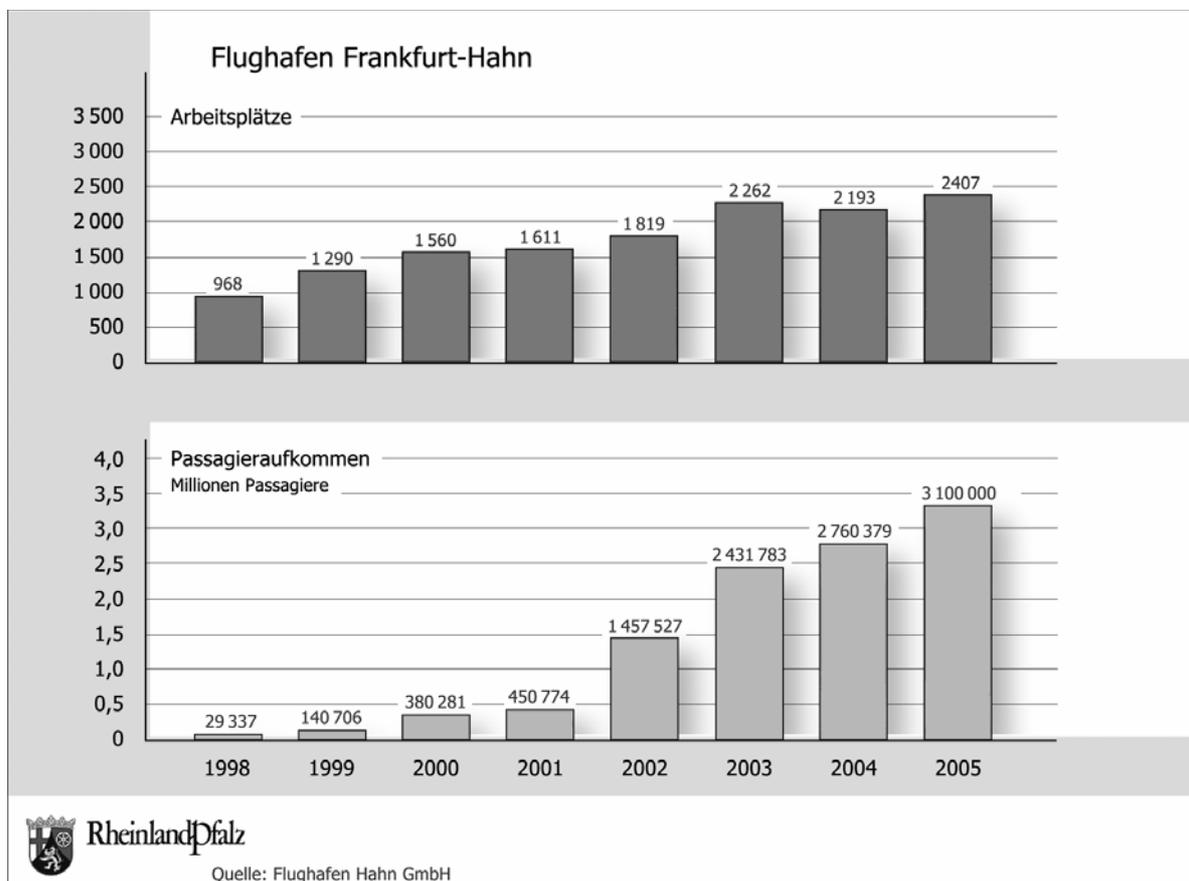
Zusätzlich fördert das Land zahlreiche Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte für benachteiligte junge Menschen.

In ihrem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird die Landesregierung in Zukunft ebenso **neue Felder für reguläre Beschäftigung** erschließen, wie z.B. hauswirtschaftliche Dienstleistungen im Privathaushalt oder im Bereich der häuslichen Pflege. Diesem Ziel dient auch das **Projekt „Home-power“**, das seit 2002 sehr erfolgreich verläuft.

1.4 Konversion

In Rheinland-Pfalz haben die Folgen der weltweiten Abrüstung tiefe Spuren hinterlassen. Die Konversion ist deshalb ein Schwerpunkt der Politik der Landesregierung. Als einziges Bundesland hat Rheinland-Pfalz ein spezielles Landeskonversionsprogramm aufgelegt und mit erheblichen finanziellen Mitteln ausgestattet. **Zwischen 1991 und 2005** wurden rund **1,3 Mrd. Euro** in die **Konversion investiert**, allein 340 Mio. Euro in der laufenden Legislaturperiode. Heute kann – wie die Bertelsmann-Stiftung in ihrer jüngsten Standortstudie anerkennend feststellt – der Strukturwandel von der militärischen Dienstleistungsgesellschaft zur zivilen Wirtschaft als gelungen angesehen werden.

Als bundesweit **erfolgreichstes Beispiel** für Konversionspolitik im Rahmen von „Public-Private-Partnership“-Modellen gilt der **Flughafen Frankfurt-Hahn**, der innerhalb weniger Jahre zu dem Flugplatz mit den höchsten Wachstumsraten im Passagier- und Cargobereich in Deutschland geworden ist.



Mittlerweile nimmt dieser Airport einen Platz unter den zehn größten deutschen Verkehrsflughäfen ein. Durch die beschlossene Reaktivierung der Hunsrückbahn und den weiteren vierstreifigen Ausbau der B 50 wird sich seine Verkehrsanbindung zudem noch erheblich verbessern. Laut einer im Juni veröffentlichten Studie der FH Trier verdanken mehr als 8.000 Arbeitsplätze ihre Existenz dem Konversionsprojekt Hahn, womit die ehemals 800 zivilen Arbeitsplätze um ein Vielfaches kompensiert wurden.

Beispielhaft für einen gelungenen Strukturwandel ist auch die Einrichtung neuer Fachhochschulen in Zweibrücken (Kreuzberg Kaserne) und Birkenfeld (Neubrücke Hospital). In Pirmasens bezog die Fachhochschule Räume in der Husterhöh-Kaserne. Alle Standorte haben sich gut entwickelt, im Wintersemester 2005/2006 studieren dort 4.784 Studierende. Auch in Trier (André Genet Hospital), Koblenz-Metternich (ehemalige Pionierkaserne) und Worms (ehemalige De La Police Kaserne) werden einstige Militäreinrichtungen für wissenschaftliche Zwecke genutzt.

Ebenso positiv stellt sich auch das Ergebnis in anderen Militärstandorten dar. So konnten z.B. auf dem ehemaligen Militärgelände in Zweibrücken rund 170 Unternehmen mit etwa 1.800 Arbeitsplätzen angesiedelt werden. Auf dem ehemaligen NATO-Flugplatz Bitburg stellen 186 Unternehmen rund 1.000 Arbeitsplätze zur Verfügung.

Als die US-Regierung vor drei Jahren ankündigte, ihre weltweite Stationierung erheblich umzustrukturieren, hat die Landesregierung sofort die Initiative ergriffen und Konzepte entwickelt, um die hiesigen Standorte weiter zu verbessern und gleichzeitig Kosten zu reduzieren. Heute kann die **große Mehrzahl der Standorte** in Rheinland-Pfalz als **gesichert** gelten.

Darüber hinaus haben die Stützpunkte in Ramstein und Spangdahlem alle bisherigen amerikanischen Einrichtungen vom Militärflughafen Frankfurt übernommen. **Zudem wird Ramstein** zum größten militärischen US-Luftdrehkreuz außerhalb der USA **ausgebaut**. Dies hat erhebliche struktur- und wirtschaftspolitische Bedeutung: Neben dem jährlichen Ausgabenvolumen von 1,4 Mrd. Euro für die beiden Flugplätze Ramstein und Spangdahlem werden rund um die Stützpunkte bis 2010 insgesamt weitere 1,3 Mrd. Euro investiert, die vielen ortsansässigen Unternehmen zugute kommen.

Das vom Bundesverteidigungsminister Ende 2004 bekannt gegebene Konzept zur Neuausrichtung der Bundeswehr sieht weitere **Truppenreduzierungen** vor. Die Landesregierung hat den **tangier-ten Kommunen** daraufhin **Unterstützung** im Rahmen der bewährten Konversionsstrategien **zuge-sagt** und gemeinsam mit ihnen sowie den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Konzepte für eine sinnvolle Anschlussnutzung und -beschäftigung entwickelt. Im Laufe des Jahres 2006 sollen tragfähige und detaillierte Lösungen vorliegen.

1.5 Informationstechnologie und Multimedia

Innovation durch Medien und Informationstechnologie (IT) ist in Rheinland-Pfalz ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Entwicklung. Etwa 7.600 **Medien- und IT-Unternehmen** mit ca. 42.000 Be-

schäftigten **erwirtschaften rund 7 Mrd. Euro** Umsatz. Rheinland-Pfalz ist damit fit für die Informations- und Wissensgesellschaft und hat im Wettbewerb der Regionen die Nase vorn. Die Landesregierung investiert jährlich über 50 Mio. Euro in Zukunftstechnologien, und der Erfolg manifestiert sich nicht zuletzt in einer starken Wirtschaftsdynamik.

Die Landesregierung fördert in vielen Bereichen die Nutzung der neuen Technologien: Die **Online-Offensive „Mittelstand Connect“** hilft mit einem Beratungsnetzwerk für E-Commerce mittelständischen Unternehmen, die Möglichkeiten des E-Business zu nutzen. Mit dem Aufbau eines dichten Netzes von Datenautobahnen im Rahmen der **„Breitband-Initiative Rheinland-Pfalz“** wird dafür auch in ländlichen Gebieten die nötige Infrastruktur geschaffen.

Der Umgang mit den neuen Medien ist heute selbstverständlich. Deswegen gehört **„Lernen im Netz“** schon bei den Grundschulern und -schülerinnen zum Angebot, um ihnen die notwendige Medienkompetenz zu vermitteln. Mit ca. 55.000 Computern stehen die rheinland-pfälzischen Schulen im Bundesvergleich gut da.

Rheinland-Pfalz ist ein **Standort leistungsstarker Medienunternehmen**: ZDF, SWR und RPR, zudem bedeutende Verlage und Druckereien sind hier zu Hause. Ministerpräsident Kurt Beck als Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder hat die Medienordnung im Land, bundesweit und auf europäischer Ebene gestaltet. So hat die Landesregierung aktiv den Jugendschutz in den Medien gestärkt, die regionale Berichterstattung im Fernsehen befördert und die Digitalisierung als Technik der Zukunft vorangetrieben.

1.6 Verkehr und Straßenbau

Die Landesregierung hat die **Verkehrsinfrastruktur in Rheinland-Pfalz weiter ausgebaut** und qualitativ verbessert. Die neue S-Bahn Rhein-Neckar und die übrigen Angebote des „Rheinland-Pfalz-Taktes“ sind vielbeachtete Beispiele hierfür. Mit dem Start des Verkehrsverbundes Rhein-Mosel am 1. Januar 2002 ist Rheinland-Pfalz nunmehr nahezu flächendeckend von Verbundstrukturen erfasst. Im Rahmen des Programms zur Erneuerung von Bahnhöfen im SPNV/ÖPNV konnten bislang insgesamt rund 140 Bahnhöfe im Lande modernisiert werden. Etwa 175 Mio. Euro Fördermittel sind bislang hierfür bewilligt worden.

Das Ziel eines forcierten Ausbaus des „Großräumigen Radwegenetzes“ wurde im Rahmen der verfügbaren Investitionsmittel umgesetzt. Das rheinland-pfälzische Radwegenetz umfasst inzwischen **über 1.575 km Radwege** an klassifizierten Straßen und wird weiter ausgebaut. Jüngstes Beispiel: der durchgängige Radweg im Mittelrheintal zwischen Koblenz und Bingen.

Mit dem Ziel, eine nachhaltige und funktionsfähige Erhaltung und einen bedarfsgerechten Ausbau des Straßennetzes zu gewährleisten, treibt das Land den Straßenbau voran. Auf der Grundlage der im Jahr 2001 vereinbarten Mittel der **„Mobilitätsmilliarde“** (d.h. 500 Mio. Euro) **für den Landesstraßenbau** konnten in den Jahren 2002 bis 2005 bereits rund 500 Einzelmaßnahmen angegangen werden.

Zur Verbesserung der kommunalen Straßeninfrastruktur hat das Land Rheinland-Pfalz den Städten, Gemeinden und Landkreisen im Zeitraum 2001-2005 **nochmals rund 350 Mio. Euro** bereitgestellt. Neben diesen Fördermitteln für investive Zwecke wurden den Landkreisen und kreisfreien Städten im gleichen Zeitraum Mittel in Höhe von etwa 215 Mio. Euro für den Straßenunterhalt zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus konnte die Landesregierung erreichen, dass auch bei den Verkehrswegen des Bundes wichtige Infrastrukturprojekte umgesetzt werden, so z.B. die zweite Moselschleuse bei Fankel, der Weiterbau der B 10 bei Fehrbach, der A 1 zwischen Daun und Rengen und der Ausbau der B 50 zum Flughafen Frankfurt-Hahn. Der sechsstreifige Ausbau des Mainzer Rings geht voran. Nach dem Lückenschluss zwischen Kaiserslautern und Sembach ist die A 63 nunmehr durchgehend befahrbar.

1.7 Tourismus

Ungefähr **sieben Millionen Gäste** besuchen **Jahr für Jahr** Rheinland-Pfalz mit seinen wunderschönen Landschaften und einzigartigen Kulturdenkmälern. Mit einem jährlichen Umsatz von ca. 4,2 Mrd. Euro gehört die Tourismusbranche zu den wichtigsten Wirtschaftsbereichen: Jeder 12. Arbeitsplatz im Land hängt unmittelbar oder mittelbar mit dem Fremdenverkehr zusammen.

Für eine weitere Verbesserung der touristischen Infrastruktur hat die Landesregierung im Zeitraum von 2001 bis Juli 2005 **Fördermittel in Höhe von rund 21,5 Mio. Euro bewilligt**. Bei der touristischen Vermarktung des Landes lagen in den vergangenen fünf Jahren die Handlungsschwerpunkte vor allem in folgenden Bereichen: Wein, Kultur, Wandern und Nordic Walking sowie Wellness und Radtourismus. So wurde zum Beispiel mit der Web-site „www.radwanderland.de“ ein viel besuchtes Internetportal installiert, das Radwanderinnen und Radwanderern in Rheinland-Pfalz erstklassige Informationen bietet.

Ein soziales Projekt mit wirtschaftlichem Hintergrund ist die **gezielte Förderung** und der Ausbau **des barrierefreien Tourismus**, bei dem im Rahmen eines landesweiten Wettbewerbs die Tourismusregion Rheinhessen den ersten Platz belegt hat.

1.8 Landwirtschaft und Weinbau

Der größte Teil der rheinland-pfälzischen Landesfläche wird land- und forstwirtschaftlich genutzt. Fast jeder zweite Einwohner lebt in ländlichen Regionen, 70 Prozent der Landesfläche sind ländlicher Raum. Es ist ein Verdienst unserer Landwirtinnen und -wirte sowie der Winzerinnen und Winzer, die Landnutzung und Pflege der Kulturlandschaft flächendeckend und landesweit aufrecht erhalten zu haben.

Die Landesregierung hat sich in vielen Bereichen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum stark gemacht. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik konnte mit einem zusätzlichen jährlichen Prämienvolumen von 16,5 Mio. Euro erfolgreich umgesetzt und Benachteiligungen früherer

Reformen abgebaut werden. Mit dem **Entwicklungsplan „Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum“** hat die Landesregierung eine moderne und erfolgreiche Neukonzeption der Agrar- und ländlichen Entwicklungsförderung umgesetzt. Im Rahmen dieser Initiative stehen im Zeitraum von 2000 - 2006 rund 942 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln (davon 295 Mio. € EU-Gelder) zur Verfügung.

Landesgartenschauen werden in Rheinland-Pfalz als wirksames Instrument regionaler Struktur- und Wirtschaftspolitik entwickelt. Die ersten Landesgartenschauen in Kaiserslautern (2000) und Trier (2004) **waren Erfolge**, die nachhaltig wirksame Impulse gesetzt haben. Für die Landesgartenschau in Bingen 2008 und für die Bundesgartenschau 2011 in Koblenz sind die Vorbereitungen bereits angelaufen.

Rheinland-Pfalz ist bei weitem das bedeutendste Weinanbaugebiet der Bundesrepublik, zwei Drittel aller deutschen Rebflächen befinden sich hier. Die Landesregierung hat zum **Erhalt der einzigartigen Weinkulturlandschaft** in den Flusstälern von Ahr, Rhein, Mosel-Saar-Ruwer und Nahe gemeinsam mit den Verbänden und den Kammern Programme entwickelt, welche die weinbaulichen und touristischen Stärken der Regionen hervorheben.

Im Bereich Weinmarketing hat die Landesregierung die seit Mitte der neunziger Jahre initiierten **Aktivitäten fortgesetzt**. Dabei konnten vielfältige Projekte, teilweise in Zusammenarbeit mit Verbänden, Institutionen und Unternehmen der Weinwirtschaft, auf den wichtigsten Absatzmärkten der Welt realisiert werden.

2. Bildung, Wissenschaft und Kultur

In einer globalisierten und vielfältig technisierten Welt nehmen Bildung und Wissenschaft eine Schlüsselstellung ein. Leistungsfähige Bildungs- und Forschungseinrichtungen sind die Grundlage für eine erfolgreiche gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Daher widmete sich die Landesregierung ausdrücklich dem Ausbau und der Fortentwicklung des Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz.

Rheinland-Pfalz ist ein traditionsreiches Kulturland. Kunst und Kultur tragen dazu bei, die Identität unseres Landes und seiner verschiedenartigen Regionen zu erhalten und zu festigen. Deshalb unternimmt die Landesregierung erhebliche Anstrengungen, um die zahlreichen kulturellen Aktivitäten der Menschen in Rheinland-Pfalz zu unterstützen.

2.1 Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten

Wir wissen: Bildung beginnt bereits in der frühen Kindheit – in den Familien und in den Kindertagesstätten. Schon in den 90er Jahren erfüllte Rheinland-Pfalz als erstes westliches Flächenland den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Heute geht es darum, die Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern im Vorschulalter – auch unter drei Jahren – weiter voranzutreiben. Hierzu hat die Landesregierung seit 2001 wichtige Schritte unternommen.

So hilft das 2002 geänderte Kindertagesstättengesetz den Trägern bei der **Einrichtung zusätzlicher Ganztagsplätze**, was hier zu einer Steigerung von 17 Prozent führte. Für die Unterdreijährigen stehen derzeit fast 6.500 Plätze zur Verfügung.

Um Benachteiligungen auszugleichen, wurde ebenfalls im Jahr 2002 das **Sprachförderprogramm im Elementarbereich** aufgelegt. Mehr als 5.600 Kinder, vor allem aus sozial schwachen Familien und mit Migrationshintergrund, konnten hierdurch bereits im Kindergarten ihre Sprachkompetenz verbessern.

Die „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten“, die Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung sowie der neue Fernstudiengang „Bildungs- und Sozialmanagement mit Schwerpunkt frühe Kindheit“ sind weitere Maßnahmen, die dem Ziel dienen, Qualität und Professionalität im **Bereich frühkindlicher Bildung und Betreuung zu verbessern**.

Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an

Durch ein neues und umfassendes Konzept sollen darüber hinaus Kinder noch besser und früher gefördert werden. Mit dem zum 1. 1. 2006 in Kraft getretenen **Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“** wird neben den wichtigen bildungspolitischen auch familien- und frauenpolitischen Erfordernissen Rechnung getragen – in Zeiten des demographischen Wandels ein Gebot der politischen Vernunft.

Fünf Pluspunkte für Kinder und Familien, für Chancengleichheit und Förderung vereint das Programm:

- **Mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren:** Kommunen und Träger werden bei der Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) unterstützt.
- Angebote zum **Kindergartenbesuch ab zwei Jahre:** Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Zweijährige wird ab 2010 gewährleistet.
- **Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr,** damit alle Kinder auf die Einschulung vorbereitet werden.
- **Bildungsauftrag der Kindertagesstätten stärken:** u. a. mit einem umfassenden Ausbau der Sprachförderung.
- **Frühere Einschulung:** ab 2008 sollen alle Kinder, die vor dem 1. September eines Jahres sechs Jahre alt werden, in diesem Jahr auch die Schule besuchen.

Dieses ambitionierte Programm, für das **60 Mio. Euro zusätzliche Landesmittel** im Endausbau 2010 zur Verfügung stehen werden, sichert Rheinland-Pfalz die Spitzenstellung in Sachen Kinderfreundlichkeit und vorschulischer Förderung.

2.2 Schulen

Beste Unterrichtsversorgung seit 10 Jahren

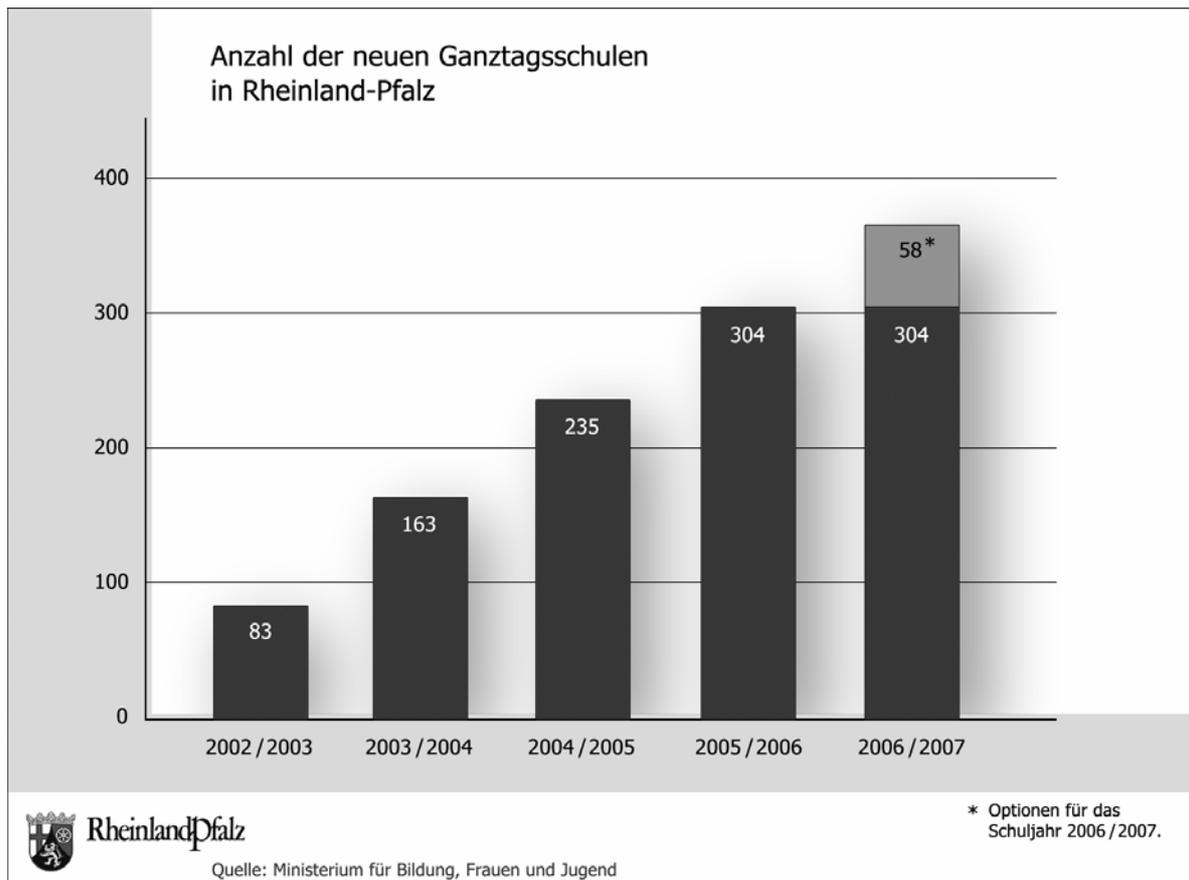
Die **Sicherung der Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau** ist und bleibt zentrale Aufgabe unserer Schulpolitik. Mit einem Versorgungsgrad von über 98 Prozent konnte in den zurückliegenden fünf Jahren an den allgemein bildenden Schulen trotz steigender Schülerzahlen die beste Unterrichtsversorgung der letzten Dekade erzielt werden. Dieses gute Ergebnis wurde durch die kontinuierliche Einstellung von insgesamt etwa 7.500 Lehrkräften seit 2001 erreicht. Flankiert wird diese Entwicklung durch die im Jahr 2002 initiierte Reform der Lehrerbildung, welche die Ausbildung künftiger Pädagoginnen und Pädagogen praxisnäher und durchlässiger gestaltet und bundesweit als das innovativste Konzept betrachtet wird.

Ebenso hat sich die **Unterrichtsversorgung** im Bereich **der berufsbildenden Schulen günstig entwickelt**. Für das laufende Schuljahr konnte ein Versorgungsgrad von 94,7 Prozent erzielt werden. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verbesserung um 1,7 Prozentpunkte. Die im Landeshaushalt 2005 ausgewiesenen 200 zusätzlichen Stellen für den Schuldienst sowie Maßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräften haben sich hierbei positiv ausgewirkt.

Seit 1991 hat die Landesregierung insgesamt **4.295 neue Lehrerstellen** geschaffen.

304 Ganztagschulen eingerichtet: „Klassenprimus Rheinland-Pfalz“

Im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben die Koalitionspartner bereits 2001 die Einrichtung von 300 Ganztagschulen beschlossen. Im laufenden Schuljahr arbeiten nunmehr **304 Ganztagschulen** in Angebotsform, in denen **über 25.000 Kinder unterrichtet** werden. In diesem Zusammenhang sind wir dankbar für das Engagement zahlreicher Institutionen, Vereine und Eltern bei der Durchführung ergänzender pädagogischer Angebote.



Für das Schuljahr 2006/2007 sind bereits 58 zusätzliche Optionen für Ganztagschulen ausgesprochen. Weitere Ausbauschritte werden folgen. Für den zusätzlichen Finanzbedarf stehen **in den Jahren 2005 und 2006** zusammen **113 Mio. Euro zur Verfügung**. Das Land übernimmt auch die kompletten Kosten für das zusätzliche pädagogische Personal sowie für die Aufbaubegleitung.

Dieses einzigartige Engagement findet Unterstützung durch das Bundesprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“, aus dem Rheinland-Pfalz bis 2007 Finanzmittel von knapp 200 Mio. Euro zufließen, die ausschließlich den kommunalen Schulträgern zugute kommen. Bei der Verwendung dieser Fördergelder liegt Rheinland-Pfalz bundesweit mit an der Spitze. **Wissenschaft und Presse urteilen** deshalb **positiv**: Rheinland-Pfalz ist „das einzige Bundesland, in dem das größte Schulprojekt aller Zeiten auch wirklich funktioniert“ (FOCUS v. 16.6.2005).

Auf dem Weg zur selbstständigen Schule

Seit 2004 haben die Schulen erweiterte Möglichkeiten, ihre Angelegenheiten selbst zu planen, zu entscheiden und durchzuführen. Wesentliches Element ist hierbei die ausdrückliche Übertragung der Verantwortung für Schulentwicklung und Qualitätssicherung durch das Schulgesetz. Unter Beachtung verbindlicher Qualitätsstandards eröffnen die neuen Regelungen den Schulen mehr Flexibilität und Gestaltungsmöglichkeiten – besonders im Hinblick auf die Auswahl und Einstellung von pädagogischem Personal.

An dem **Projekt Erweiterte Selbstständigkeit (PES)** nehmen mittlerweile 423 Schulen teil. Im Rahmen eines Budgets regeln sie ihren Vertretungsbedarf selbstständig und eigenverantwortlich. In den drei Projektjahren konnte der temporäre Unterrichtsausfall im Mittel um die Hälfte reduziert werden.

Fremdsprache ab dem ersten Schuljahr

Mit dem **Ausbau des Fremdsprachenunterrichts** in der Grundschule wurde 1998/1999 begonnen. Seit Beginn des vergangenen Schuljahres lernen **alle Kinder** schon **ab dem ersten Schuljahr** die **Fremdsprachen** Englisch oder Französisch in kindgemäßer Form. Diese früh angebahnte Mehrsprachigkeit ist ein wichtiger Baustein für das gegenseitige Verstehen und Zusammenleben in Europa.

2.3 Spezielle Förderungen

Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zum Schulerfolg

Besonders bei noch unzureichender Sprachkompetenz sind Kinder aus Zuwandererfamilien in ihren Bildungschancen benachteiligt. Um diesen jungen Menschen zu helfen, wurde die **Sprachförderung stetig ausgeweitet**. Schulen erhalten deshalb zusätzliche Stunden zur Förderung von Kindern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist – unabhängig von der Nationalität. Im Schuljahr 2005/2006 sind dies landesweit über 5.500 Stunden pro Woche.

Besondere Hilfen für besondere Kinder

Behinderte Kinder brauchen spezielle Unterstützungen. In entsprechenden Schwerpunktschulen werden behinderte Schüler und Schülerinnen **gemeinsam mit nicht behinderten Kindern erfolgreich unterrichtet**. Im Schuljahr 2005/2006 arbeiten bereits 62 Grundschulen und 35 weiterführende Schulen nach diesem Konzept – und der Ausbau geht weiter.

Hochbegabtenförderung

Auf der Basis der Koalitionsvereinbarungen wurden bislang **drei Schulen für Hochbegabtenförderung eingerichtet**. Diese Gymnasien in Kaiserslautern, Mainz und Trier arbeiten sehr erfolgreich und finden weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung. Im Schuljahr 2006/2007

wird ein weiteres Gymnasium in Koblenz folgen. Entsprechende Maßnahmen zur Förderung hochbegabter Grundschulkinder befinden sich bereits in der Erprobungsphase.

Jugendliche fit machen für Ausbildung und Beruf

Die **Verbesserung der Berufswahlvorbereitung** von Schülerinnen und Schülern ist ein Schwerpunkt gemeinsamer Bemühungen von Landesregierung, Schulen, Arbeitsverwaltung, Kammern und Verbänden.

Zum besseren Übergang in die Berufswelt wurde in der laufenden Legislaturperiode ein Konzept zur strukturellen Weiterentwicklung der berufsbildenden Schule erarbeitet, das sich seit dem Schuljahr 2004/2005 in der Umsetzung befindet. Leitvorstellungen sind hierbei: die individuelle Förderung der Jugendlichen, insbesondere durch Schullaufbahnberatung, Fördermaßnahmen, die Stärkung ihrer Kompetenz für den Berufseinstieg durch Berufsorientierung oder Zusatzqualifizierende Unterrichtsangebote sowie die Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten berufsbildender Schulen, beispielsweise durch differenzierte Unterrichtsangebote.

Mit den Richtlinien zur Ökonomischen Bildung wurde ein Rahmen für die vielfältigen Bemühungen geschaffen, Wirtschaftswissen zum Bestandteil der Allgemeinbildung zu machen. In verschiedenen Schülerprojekten, wie z.B. JUNIOR und B.O.S.S. werden Schüler und Schülerinnen zudem mit dem Wirtschaftsleben vertraut gemacht.

Berufsorientierung stärken – Mädchen an männerdominierte Berufe heranzuführen

Am „**Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag**“ können Mädchen diejenigen Bereiche des Berufsspektrums kennen lernen und Kontakte knüpfen, die für ihre berufliche Zukunft wichtig sind. Rheinland-Pfalz erreichte mit 334 Angeboten in diesem Jahr einen neuen Rekord. Die Zahl der Veranstaltungen hat sich seit 2002 versechsfacht, die Zahl der Teilnehmerinnen stieg auf weit über 5.200.

2.4 Hochschul- und Wissenschaftspolitik

Hochschulen

In den zurückliegenden Jahren der sozial-liberalen Regierungsverantwortung hat das Land die **Ausgaben für die Hochschulen um fast 60 Prozent gesteigert** – von rund 330 Mio. (1991) auf über 525 Mio. Euro (2004). Seine Fortsetzung erfährt diese eindrucksvolle Leistung in dem bundesweit sehr beachteten Programm „Wissen schafft Zukunft“, mit dem den Hochschulen zwischen 2005 und 2009 pro Jahr 25 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Dieses Programm ist genau auf die Bedürfnisse der Universitäten und Fachhochschulen zugeschnitten. Spürbare Verbesserungen bei der Grundausstattung stehen dabei ebenso im Mittelpunkt wie eine gezielte Förderung der Spitzenleistungen in Forschung und Lehre.

Zusätzliche Maßnahmen, die vor allem der qualitativen Weiterentwicklung der Fachhochschulen dienen und dabei u.a. auf externer Fachexpertise basieren, führen zu einer Schärfung des Profils und zur Herausbildung effizienterer Strukturen an den Fachhochschulen.

Flankiert werden diese Aktivitäten durch Ausgaben im Hochschulbau: Hier hinein fließen etwa 80 Prozent der gesamten Hochbauausgaben des Landes. So wurden zwischen 1991 und 2004 von der Landesregierung **rund eine Milliarde Euro in den Hochschulbau und das Klinikum in Mainz** investiert, die Hälfte hiervon trug der Bund.

Die Attraktivität des Hochschulstandortes Rheinland-Pfalz lässt sich eindrucksvoll auch an den positiven Wanderungsbewegungen der Studierenden belegen. So hatte Rheinland-Pfalz noch im Jahr 1993 einen Negativsaldo von insgesamt 6.353 Studierenden – das heißt, mehr rheinland-pfälzische Abiturientinnen und Abiturienten haben in anderen Ländern ihr Studium aufgenommen. Mittlerweile hat sich diese Entwicklung ins Gegenteil verkehrt. Im Jahr 2003 hatte das Land einen Positivsaldo von 4.326 Studierenden. Kein anderes Land kann einen solchen Verlauf innerhalb dieses Zeitraums aufweisen.

Ein modernes Hochschulgesetz

Rechtliche Grundlage für die innovative Wissenschaftspolitik des Landes ist das im September 2003 in Kraft getretene novellierte Hochschulgesetz. Es dereguliert das Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen und überträgt den Universitäten und Fachhochschulen ein großes Maß an Verantwortung und Entscheidungskompetenz für ihre Angelegenheiten.

Erststudium gebührenfrei

Dieses Hochschulgesetz verankert auch den Grundsatz der Gebührenfreiheit eines Erststudiums in Rheinland-Pfalz. Grundlage hierfür sind die großzügig bemessenen Studienkonten. Erst wenn Studierende ihre Regelstudienzeit um 75 Prozent überschreiten, werden finanzielle Eigenbeteiligungen notwendig.

Ausbau der Forschungslandschaft

Die **Forschungsinfrastruktur** wurde in den vergangenen Jahren innerhalb und außerhalb der Hochschulen **deutlich ausgebaut**. Die ersten beiden Fraunhofer-Institute in Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2001 gegründet. Das Fraunhofer-Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik hat mittlerweile eine Außenstelle in Schweden, das Fraunhofer-Institut für experimentelles Software Engineering hat Außenstellen in den USA und in Ungarn. Damit tragen diese beiden Neugründungen in erheblichem Maße auch zur internationalen Vernetzung des Standorts bei.

Ein weiterer Beleg für die forschungspolitische Attraktivität des Landes ist die im Jahr 2004 getroffene Entscheidung der Max-Planck-Gesellschaft, in Kaiserslautern ein Max-Planck-Institut für Softwaresysteme als Teilinstitut mit Saarbrücken zu gründen. Gemeinsam mit der Forschungskompetenz der TU **Kaiserslautern**, den beiden Fraunhoferinstituten und dem Deutschen

Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz wird die Region – und somit das ganze Land – zu einem weltweit sichtbaren **Zentrum für die Informationstechnologie** ausgebaut.

2.5 Kulturpolitik

Musikschulen

Die **43 Musikschulen** in Rheinland-Pfalz tragen in hervorragender Weise dazu bei, die kulturelle Bildung und Kompetenz junger Menschen zu verbessern. Ihre **jährliche Förderung** liegt bei **2,7 Mio. Euro**. Auch die Eröffnung der Landesmusikakademie in Neuwied-Engers, die der Fort- und Weiterbildung in der Jugend- und Laienmusik dient, konnte ermöglicht werden.

Landesbibliothekszentrum

Wie sich mit einem effizienten Ressourceneinsatz die Quantität und Qualität eines Angebots steigern lässt, zeigt die **Zusammenführung der Landesbibliotheken** und der verschiedenen Staatlichen Büchereinstellen **zum Landesbibliothekszentrum** Rheinland-Pfalz. Die Bevölkerung erhält mit diesem bundesweit ersten Zentrum seiner Art einen leistungsstarken Partner. Dieser kann deutlich mehr Medien und Dienstleistungen anbieten als die bisherigen eigenständigen Einrichtungen.

Museen

Für die **Modernisierung und Sanierung** seiner drei Landesmuseen unternimmt Rheinland-Pfalz beträchtliche Anstrengungen. Für die beiden Kunststätten in Mainz und Trier stehen knapp 50 Mio. Euro zur Verfügung. Bereits abgeschlossen sind die Entwicklungs- und Ausbaumaßnahmen beim Landesmuseum in Koblenz.

Eines der wichtigsten kulturpolitischen Vorhaben der Landesregierung hat einen entscheidenden Teilabschluss erfahren. Nach vierjähriger Umbauzeit wurde der renovierte **Bahnhof Rolandseck wiedereröffnet** und damit der Grundstein zum „Museum am Berg“ gelegt, das bis 2007 fertig gestellt sein wird. In dem dann bestehenden gemeinsamen Kunst- und Kulturzentrum „Arp Museum Bahnhof Rolandseck“ werden nicht nur Werke von Hans Arp zu sehen sein, sondern auch die Kultur der Gegenwart wird in ihrer ganzen Bandbreite dort ein Zuhause finden. Der Neubau des Arp-Museums ist ein herausragendes Beispiel dafür, dass sich die Landesregierung ihrer Verantwortung für Architektur und Baukultur auch als Bauherrin bewusst ist.

Kulturerbe in Rheinland-Pfalz

Nach den Römerbauten in Trier und dem Dom zu Speyer sind mit der Aufnahme des Oberen Mittelrheintals in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes langjährige Anstrengungen honoriert worden, die Schönheit dieser einzigartigen Kulturlandschaft zu erhalten, behutsam weiterzuentwickeln und angemessen zu präsentieren. Die Landesregierung hat hier in den vergangenen Jahren zahlreiche Aktivitäten entfaltet. Mit der Gründung eines Zweckverbandes im Jahr 2005

wurde eine geeignete Struktur geschaffen, um koordinierte Maßnahmen zur kulturellen, touristischen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung des Oberen Mittelrheintals auf den Weg zu bringen. Der **Erhalt der bedeutsamen Baudenkmäler** in dieser Kulturlandschaft ist zudem ein Schwerpunkt der Baumaßnahmen des Landes.

Auch die erfolgreiche Bewerbung von Rheinland-Pfalz – zusammen mit Baden-Württemberg, Bayern und Hessen – um die Anerkennung des **Obergermanisch-Rätischen Limes** als **Weltkulturerbe** ist Resultat vielfältiger, länderübergreifender Bemühungen.

Die Bewahrung und Sicherung unseres kulturellen Erbes gilt für die Landesregierung aber ebenso im Hinblick auf die anderen großartigen Altertümer, Burgen, und Schlösser in den übrigen Landesteilen. Im Rahmen der Initiative „Architektur und Baukultur“ wurde so z.B. eine Reihe von Architekturwettbewerben durchgeführt, um für die Neuordnung der entsprechenden Infrastrukturen hervorragendes Planungsmaterial zu erhalten.

3. Familie, Soziales und Gesundheit

In unserer modernen Gesellschaft sind die Förderung sozialer Integration, das funktionierende Miteinander unterschiedlicher Generationen sowie der angemessene Schutz der Menschenwürde entscheidende Voraussetzungen für eine solidarische und menschliche Gesellschaftsordnung. Als bundesweit einmalig gilt hierbei die gemeinsame **Charta „Soziales Rheinland-Pfalz“** der Landesregierung und der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Von Anfang an war es das erklärte Ziel der Landesregierung, Familien zu fördern und das Zusammenleben verschiedener Generationen zu unterstützen. Diesem Ziel dienen zahlreiche politische Programme und Initiativen, bei denen die Landesregierung von den Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden, den freien Trägern u.v.a. begleitet wird.

3.1 Familienpolitik

Rheinland-Pfalz ist ein **kinder- und familienfreundliches Land**. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass es sich für Familien in Rheinland-Pfalz gut wohnen und leben lässt. Mit der **Initiative „Viva Familia“** unterstützen wir Familien dort, wo sie leben. Die Landesregierung hat im Jahr 2003 einen Landesbeirat für Familienpolitik ins Leben gerufen. Auf diese Weise bringen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Institutionen ihren Sachverstand in die Familienpolitik des Landes ein. Mit der „Viva Familia – Servicestelle für lokale Bündnisse“ unterstützt die Landesregierung den Aufbau und die Entwicklung lokaler Bündnisse für Familien. Diese Bündnisse sind wichtige Anlaufstellen in den Regionen und verbessern die Lebensbedingungen für Familien unmittelbar vor Ort. Zum Beispiel hat das lokale Bündnis in der „Pilotregion“ Trier zusammen mit dem DGB u.a. die Familienfreundlichkeit von ortsansässigen Unternehmen recherchiert und öffentlich gemacht.

Um darüber hinaus eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, fördert die Landesregierung Unternehmen und Verwaltungen, die ihren Beschäftigten familienbewusste Arbeitsbedingungen bieten, mit einem Zuschuss zum **„Audit Beruf & Familie“**. Solche familienorientierten Veränderungen in der Arbeitswelt dienen aber auch dazu, das Qualifikationspotenzial von Frauen während und nach der Familienphase nicht zu verlieren. Vor allem attraktive Arbeitszeitmodelle nehmen hierbei eine Schlüsselfunktion ein. Im Mai 2005 wurde deshalb die **Informationsstelle „Innovative Arbeitszeitmodelle“** in Trier eingerichtet. Diese Informations- und Kontaktstelle ist bundesweit die einzige Institution, die Arbeitszeitgestaltung mit der Strategie des „Gender Mainstreaming“ verknüpft.

Familien mit sehr geringem Einkommen haben selten oder nie Gelegenheit, einmal in die Ferien zu fahren. Deshalb bezuschusst die Landesregierung die Familienerholung und hat in den Jahren 2004 und 2005 zusammen mit Familienferienstätten und Jugendherbergen in Rheinland-Pfalz eine zusätzliche Sonderaktion für kostenlose Familienferien gestartet.

Freizeitgestaltung in freier Natur ist ein wichtiger Faktor für die gesunde Entwicklung junger

Menschen. Im Rahmen des Aktionsprogramms „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ fördert das Umweltministerium deshalb die **Errichtung naturnaher Spiel- und Erlebnisräume** für Kinder und Jugendliche. Mittlerweile sind 260 solcher Einrichtungen in Rheinland-Pfalz entstanden. Die „Waldjugendspiele“, an denen sich seit über 20 Jahren jährlich etwa 20.000 Kinder der Klassenstufen 3 bis 7 beteiligt haben, sind ein weiterer erfolgreicher Aspekt unserer verantwortungsbewussten Politik.

Familien in schwierigen Lebenslagen bedürfen der Hilfe. Aus diesem Grund unterstützt die Landesregierung in erheblichem Umfang die entsprechenden Beratungsangebote: so die Ehe-, Familien- und Lebensberatung, ferner die Schwangerschafts-, Erziehungs- und Drogenberatung. **In der Schuldnerberatung** nimmt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich sogar die **Spitzenposition** ein. Im Jahr 2005 haben wir mit Unterstützung der Norisbank AG in Nürnberg das Projekt „Finanziell fit“ zur Schuldenprävention in Rheinland-Pfalz gestartet. Es soll jungen Menschen unter 25 Jahren wirtschaftliche Kompetenz und finanzielle Allgemeinbildung vermitteln.

Auch in der **Suchtprävention** bringen wir mit dem Projekt „Zu Gast bei Familie...“ Beratung und Hilfen direkt zu den Familien. Familien treffen sich hier zum gegenseitigen Austausch über Probleme der Kinder, wie z.B. ungesunde Essgewohnheiten oder Rauchen.

Steuerpolitik für Familien

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat die Steuerreform 2000 mitbeschlossen. Die Bürger und Bürgerinnen des Landes wurden in der ersten Stufe im Jahr 2001 um 1,1 Mrd. Euro jährlich entlastet. Im Jahr 2004 stieg die entsprechende Entlastung auf 1,4 Mrd. Euro, mit der dritten Stufe erhöht sie sich auf 2,1 Mrd. Euro pro Jahr (jeweils gegenüber dem Jahr 2000 gerechnet). Das Entlastungsvolumen entspricht gut zwei Prozent der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt). Seit 2002 gibt es auch mehr Kindergeld: Es wurde auf 154 Euro im Monat angehoben. Die **Familien im Land erhalten** dadurch **130 Mio. Euro mehr Kindergeld**.

3.2 Gesundheit

Wir haben dafür gesorgt, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz, in welcher Region sie auch leben, medizinisch gut und bedarfsgerecht versorgt sind. In dieser Legislaturperiode stellt das Land den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern insgesamt rund 740 Mio. Euro zur Verfügung. Damit wurde und wird die **Krankenhausinfrastruktur** des Landes weiter entwickelt und **auf dem neuesten medizinischen Stand** gehalten. Mit einer fortschrittlichen Krankenhausplanung ist es gelungen, die medizinische Versorgung in den Krankenhäusern des Landes in vielen Bereichen an die Spitze zu bringen, z.B. bei der Brustkrebsbehandlung oder der Schlaganfallversorgung.

Prävention und Gesundheitsförderung werden in Rheinland-Pfalz **groß geschrieben**. Beispielhaft zu nennen sind hier die Aktivitäten im Bereich der Jugendzahnpflege, der Kindergesundheit oder die Unterstützung des „Adipositas-Netzwerks Rheinland-Pfalz“. So ist es durch gezielte

Aufklärung und entsprechende Kampagnen gelungen, die Anzahl der Fälle des plötzlichen Säuglingstodes innerhalb der letzten Jahre um mehr als 50 Prozent zu verringern. In der Zahnheilkunde können wir zudem erfreut feststellen, dass die Zähne der rheinland-pfälzischen Kinder und Jugendlichen mit zu den gesündesten in ganz Deutschland zählen.

Die Einführung der **elektronischen Gesundheitskarte** wird mehr Qualität, Transparenz und Wirtschaftlichkeit der gesundheitlichen Versorgung mit sich bringen. Doppel- oder Fehlbehandlungen sowie unerwünschte Nebenwirkungen von Verordnungen können so besser vermieden werden. Rheinland-Pfalz ist mit der Testregion Trier an der bundesweiten Erprobung der elektronischen Gesundheitskarte beteiligt und beweist damit die Innovationsfähigkeit des Landes auch auf diesem Feld.

3.3 Menschen pflegen

Menschen pflegen und werden gepflegt. Ihre Situation zu verbessern, ist das zentrale Ziel der im Jahr 2002 ins Leben gerufenen **Initiative „Menschen pflegen“**. Gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich wurde eine Fülle von Maßnahmen und Projekten für eine menschenwürdige, qualifizierte und wirtschaftlich leistungsfähige Pflege auf den Weg gebracht. Die im Jahr 2003 verabschiedeten Leitsätze für die Pflege verpflichten alle an der Pflege Beteiligten auf eine qualitativ hochwertige Erbringung von Leistungen. Das Land hat mit 135 Beratungs- und Koordinierungsstellen ein **bundesweit einmaliges Beratungsangebot** für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen geschaffen. Sie werden auch durch das neue Gesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur, das in diesem Jahr verabschiedet wurde, abgesichert.

Die **Landesregierung stärkt** außerdem die Bereitschaft und die Fähigkeit von Familien und sozialen Netzwerken für eine **qualifizierte und menschliche Pflege**. Mit einer speziellen Schulungsinitiative unterstützt die Landesregierung gezielt Angehörige von demenzkranken Pflegebedürftigen. Ein „Familienpflegeratgeber“ des Sozialministeriums beantwortet zudem vielfältige Fragen von Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen und versetzt sie in die Lage, im Bedarfsfall schnell und gezielt Hilfe zu organisieren.

Ein **durchgehend hohes Qualitätsniveau** kann aber nur **mit Hilfe qualifizierter und motivierter Pflegekräfte** erreicht werden. Aus diesem Grund haben wir die „Bildungs- und Fachkräfteoffensive Pflege für Rheinland-Pfalz“ ins Leben gerufen, die gezielt auf eine größere Praxisnähe der Ausbildung und verbesserte Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte abstellt. Dazu gehört auch, eine Überbürokratisierung in der Pflege zu vermeiden und da, wo sie eingetreten ist, abzubauen. Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir dies erfolgreich getan, indem wir z.B. eine bundesweit beachtete Musterdokumentation für den stationären Pflegebereich vorgelegt haben.

Bundesweit einmalig ist auch die **Aufklärung über die Demenzerkrankung**, die im Jahr 2004 startete. Erreicht werden konnte die Qualifizierung von Hausärztinnen und Hausärzten, Pflegefach-

kräften und Angehörigen. Das Sozialministerium führt mit dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen ein Modellprojekt zur Optimierung der Versorgung von Menschen mit Demenz in stationären Einrichtungen der Pflege durch. Viele Alten- und Pflegeheime haben inzwischen spezielle Wohnbereiche für demente Menschen eingerichtet. Diesen Trend will das Land weiter verstärken.

Die Landesregierung unterstützt und fördert neue Versorgungsformen in der Pflege. Dies zeigt sich u.a. daran, dass auf Initiative der Landesregierung der Landkreis Neuwied als eine von bundesweit sieben Modellregionen für das **Projekt „Persönliches Pflegebudget“** ausgewählt wurde. Ziel ist, die Pflege bedürfnis- und bedarfsgerechter zu gestalten als dies bei den bisherigen Leistungen der Pflegeversicherung möglich ist. Bundesweit einmalig wird im Landkreis Neuwied und in der Stadt Mainz mit finanzieller Förderung der Landesregierung ein „Integriertes Budget“ erprobt, durch das behinderte Menschen auch individuellere Versorgung erhalten.

3.4 Behinderte Menschen gleichstellen

In Rheinland-Pfalz leben 451.000 Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung, das sind 11 Prozent der Bevölkerung. **Leitmotive** unserer Politik sind: **Teilhabe verwirklichen, Gleichstellung durchsetzen und Selbstbestimmung ermöglichen**. Unser Ziel ist hierbei, die Angebote für behinderte Menschen an deren individuellen Bedürfnissen auszurichten und die Hilfen dahin zu bringen, wo sie leben. Im Konsens sind wir diesem Ziel mit Trägern, Selbsthilfe und Kommunen ein gutes Stück näher gekommen, indem wir unter Leitung des Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen eine Zielvereinbarung zu neuen Wohnformen abgeschlossen haben.

Eine grundlegende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen ist Barrierefreiheit. Rheinland-Pfalz hat im Dezember 2002 als erstes Bundesland ein Landesgesetz zur **Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen** für Menschen mit Behinderungen in Folge des Bundesgleichstellungsgesetzes verabschiedet. Es definiert Barrierefreiheit sehr weit reichend und umfassend. Der erste Bericht zur Umsetzung des Gesetzes dokumentiert die vielfältigen Fortschritte.

Auch bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen hat Rheinland-Pfalz bundesweit eine Spitzenposition. Im Zeitraum von Oktober 1999 bis April 2005 ist die Zahl schwerbehinderter Menschen, die arbeitslos waren, um rund 17 Prozent zurückgegangen. Zu diesem **Erfolg haben Sonderprogramme zur Förderung der Beschäftigung behinderter Menschen** mit zahlreichen Maßnahmen zur Qualifizierung und Vermittlung behinderter Menschen beigetragen.

Das Netz an Werkstätten für behinderte Menschen ist in Rheinland-Pfalz flächendeckend ausgebaut. Zudem werden auch neue Wege der beruflichen Integration behinderter Menschen beschritten: An die 500 Arbeitsplätze wurden in den vergangenen Jahren in 29 Integrationsprojekten initiiert und gefördert. Die Zahl soll bis zum Jahr 2010 auf 2.000 Plätze erhöht werden.

3.5 Miteinander der Generationen

Ein gedeihliches Miteinander der Generationen stärkt den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Landesregierung wollte deshalb wissen, wie sich junge und alte Menschen ihr Zusammenleben in Zukunft vorstellen, und hat Bürgerinnen und Bürger gefragt. Am **Bürgergutachten „Miteinander der Generationen in einer alternden Gesellschaft“** haben 162 repräsentativ ausgewählte Personen teilgenommen. Sie haben wertvolle Vorschläge und Empfehlungen für neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Solidarität zwischen den Generationen erarbeitet. Einzelne Anregungen, wie etwa die Förderung der Familie bei der häuslichen Pflege, werden im Rahmen der Initiativen „Viva Familia“ und „Menschen pflegen“ bereits umgesetzt.

Der **Generationenpreis des Ministerpräsidenten** dokumentiert das lebendige Zusammenleben der Generationen in Rheinland-Pfalz. Zukunftsweisende Projekte werden regelmäßig ausgezeichnet und dadurch bekannter.

Die Landesregierung unterstützt den Wunsch nach selbstbestimmten und zukunftsorientierten neuen Wohnkonzepten. Seit 2003 fördert sie, z.B. in Mainz, die **Beratungsstelle „Lebenswohnraum“**, die Hilfestellung bei der Realisierung von innovativen Wohnformen leistet.

Darüber hinaus wurde auf Initiative des Ministerpräsidenten die Kommunalverfassung geändert und erstmals eine **rechtliche Grundlage für die kommunalen Seniorenbeiräte** geschaffen. Ältere Menschen können und wollen sich stärker an der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens beteiligen. Die Vielzahl von ehrenamtlichen Initiativen älterer Menschen zeigt dies.

3.6 Wohnen und Bauen

In Rheinland-Pfalz lässt es sich gut wohnen. Etwa 56 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte leben in den eigenen vier Wänden. Mit dieser Wohneigentumsquote liegt das Land im Bundesgebiet an zweiter Stelle.

Die wichtigste Zielgruppe bei der **Förderung von Wohneigentum** ist die Familie. Die Landesregierung unterstützt deshalb durch Förderprogramme vor allem einkommensschwache Familien beim Bau und Erwerb von Wohneigentum. Insgesamt 6.390 Haushalten konnte so zwischen 2001 und 2004 die Bildung von selbst genutztem Wohneigentum ermöglicht werden. Dafür wurden fast 200 Mio. Euro an Förderkontingenten zur Verfügung gestellt. Nach den vorläufigen Ergebnissen für 2005 kamen nochmals 2.471 Wohnungen hinzu, für die zusätzlich 112 Mio. Euro bereitgestellt wurden.

Im Rahmen ihrer Konversionsprogramme hat die Landesregierung die Eigentumsbildung mit 77 Mio. Euro bezuschusst. Gerade kinderreiche Familien konnten hierdurch erreicht werden.

Förderschwerpunkt Wohnungsbestand

Die Pflege und Modernisierung vorhandener Bausubstanz sind ebenfalls wichtige Aspekte der Wohnungspolitik, denn die Nutzung von Altbeständen dient nicht nur dem **Erhalt vitaler Stadt- und Dorfkerne**, sondern beugt auch einem weiteren Naturflächenverbrauch vor. Darüber hinaus stellt die Altbausanierung einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar.

Die Landesregierung hat deshalb einen besonderen Schwerpunkt bei der Wohnungsmodernisierung gesetzt: Hierdurch wird die Einsparung von Energie gefördert, finden Maßnahmen zur **Nutzung alternativer und regenerativer Energien** Unterstützung und werden im Rahmen des Programms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ Modell- und Pilotvorhaben verwirklicht und bezuschusst. Die Mehrzahl der innovativen Projekte beschäftigt sich mit kostengünstigem und zugleich umweltgerechtem Planen und Bauen. Darüber hinaus gibt es auch Initiativen und Modellvorhaben im sozialen Bereich, etwa zu familien- und altersgerechtem Wohnen. Im Verlauf der zurückliegenden Legislaturperiode konnten mit diesem Programm bis Ende 2005 über 7.500 Wohnungen erreicht werden.

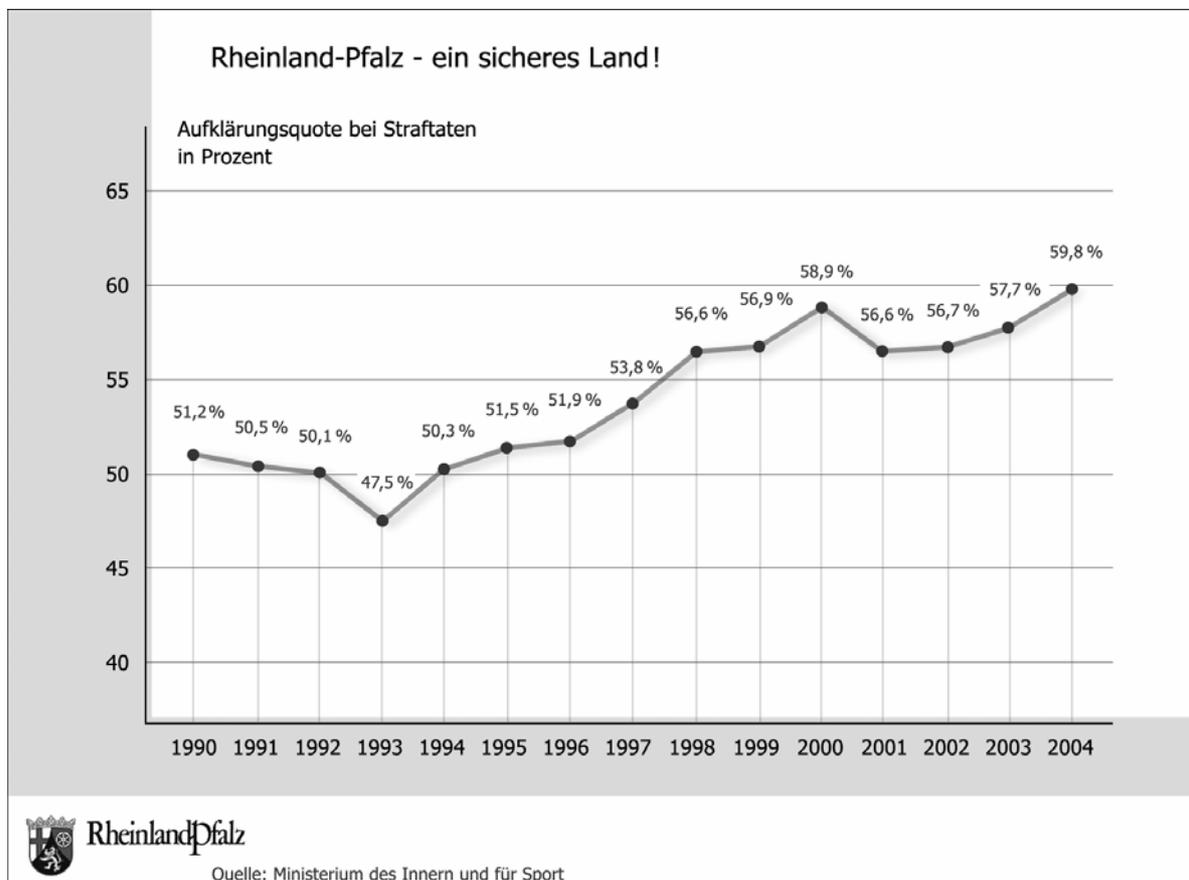
4. Bürger und Staat

Die Beziehung der Bürgerinnen und Bürger zum Staat hat sich in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich verändert. Mit dem traditionellen Bedürfnis nach sozialer Absicherung und innerer Sicherheit verbindet sich zunehmend der Wunsch nach demokratischer Mitwirkung und bürger-nahen Formen staatlicher Verwaltung. Im Mittelpunkt des neuen bürgerschaftlich orientierten Staatsverständnisses stehen einerseits das Bestreben nach mehr Bürgerbeteiligung und –verantwortung in allen gesellschaftlichen Bereichen und andererseits der Wunsch, hierbei von einer modernen und effizienten Dienstleistungsverwaltung begleitet zu werden.

Die Landesregierung bemüht sich seit vielen Jahren erfolgreich um die Umsetzung beider Zielvorstellungen: Ehrenamtliches Engagement und Bürgerverantwortung werden mit Nachdruck von ihr ebenso gefördert wie sie die Modernisierung aller Verwaltungsbereiche und Dienstleistungen vorantreibt – ohne jedoch hierbei die zentralen Sicherheits- und Vorsorgeaufgaben des Staates zu vernachlässigen. Damit kann den zukünftigen Erfordernissen einer sich stetig wandelnden Gesellschaft Rechnung getragen werden.

4.1 Innere Sicherheit

Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Das statistische Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, liegt in Rheinland Pfalz seit Jahren deutlich unter dem Bundesschnitt. Ein weiteres sichtbares Ergebnis der erfolgreichen Sicherheitsarbeit ist die steigende Aufklärungsquote.



Im Jahre 2004 konnte die Polizei rund 180.000 Straftaten aufklären, was einer **Erfolgsquote von 59,8 Prozent** entspricht. Damit hat sich die schon seit Jahren überdurchschnittlich hohe Aufklärungsquote gegenüber dem Vorjahr um mehr als zwei Prozentpunkte verbessert – das beste Ergebnis für Rheinland-Pfalz seit Einführung der bundesweit einheitlichen Kriminalstatistik 1971.

Auch der Schutz der Opfer von Straftaten ist der Landesregierung ein vorrangiges Anliegen. Die **Errichtung der Stiftung Rheinland-Pfalz für Opferschutz** ist mit der Beschlussfassung des Ministerrats am 15. Januar 2002 vollzogen worden. Rheinland-Pfalz war damit eines der ersten Länder, das in der ergänzenden Hilfe für Opfer von Straftaten aktiv geworden ist. Die Stiftung hat sich seither in zahlreichen Fällen um in eine Notlage geratene Bürgerinnen und Bürger gekümmert und in vielen Fällen Verbrechensoffer materiell unterstützt.

In Rheinland-Pfalz versehen derzeit 9.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ihren Dienst am Bürger, im Sommer 2006 werden es sogar 9.150 sein. Weitere 825 Anwärtinnen und Bewerber befinden sich in der Ausbildung. Auch in den kommenden Jahren wird es jeweils wieder mindestens 250 Neueinstellungen geben. Seitdem diese Landesregierung die Regierungsgeschäfte führt, wurde die **rheinland-pfälzische Polizei** personell **deutlich verstärkt**: Im Juni 1991 gab es 8.480 ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte, heute sind es 520 mehr. Die Einstellung von 125 Tarifkräften allein in dieser Legislaturperiode entlastet Polizeikräfte von Innendienstaufgaben und führt so zu mehr Polizeipräsenz auf den Straßen. Unsere Polizei verfügt zudem über eine top-moderne Ausstattung. Mit dem hohen Standard der technischen Ausstattung nimmt das Land im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz ein.

Je lebenswerter ein Land für seine Bürger und Bürgerinnen ist, desto weniger Nährboden findet Kriminalität. Eine wesentliche Säule der rheinland-pfälzischen Sicherheitspolitik ist daher die **Kriminalitätsvorbeugung auf kommunaler Ebene**. Sie verfolgt einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, wonach sich in einer Region alle Behörden, Institutionen und Private, die zur Vermeidung von Kriminalität beitragen können, vernetzen. In 86 rheinland-pfälzischen Kommunen gibt es mittlerweile solche kriminalpräventiven Räte. Ein großer Erfolg ist die Präventionskampagne „Wer nichts tut, macht mit“, mit der die Polizei seit dem Jahr 2000 erfolgreich für mehr Zivilcourage in der Bevölkerung wirbt. Sie wird Anfang 2006 mit dem Schwerpunkt „Schulen“ fortgeführt.

In den Strafvollzugsdienst, der in den rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten einen wichtigen Beitrag für die innere Sicherheit unseres Landes leistet, wurde in personeller und in baulicher Hinsicht viel investiert. So konnten z.B. die **Justizvollzugseinrichtungen (JVA)** in Diez, Frankenthal, Schifferstadt und Zweibrücken in den Jahren 2001/2002 **um insgesamt 188 Haftplätze erweitert** werden. Zudem ist die JVA Rohrbach am 13.12.2002 mit nunmehr **541 Haftplätzen** als Ersatz für die aufgegebenen Anstalten Kaiserslautern und Mainz in Betrieb genommen worden. Als nächstes Großvorhaben werden seit Herbst 2005 in der JVA Wittlich 660 neue Haftplätze geschaffen. In personeller Hinsicht wurden in den letzten Jahren 150 zusätzliche Stellen im Strafvollzug eingerichtet.

Auch der **Verfassungsschutz** wurde in dieser Legislaturperiode personell wie in der technischen Ausstattung **deutlich verstärkt**. Der islamistische Extremismus und der auf dieser ideologischen Basis entstandene globale Terrorismus fordern den Verfassungsschutz in besonderem Maße. Ein weiterer Beobachtungsschwerpunkt liegt auf dem Rechtsextremismus, gerade auch im Hinblick auf die anhaltenden Bemühungen der Rechtsextremisten, Jugendliche für rechtsradikales Gedankengut zu interessieren.

Einen unschätzbaren Beitrag für die Sicherheit der Menschen leisten die zahlreichen Angehörigen der Feuerwehren, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste. Mit der **Novellierung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes sowie des Rettungsdienstgesetzes** wurden der Feuerwehr und den Mitarbeitern im Rettungsdienst moderne Gesetze an die Hand gegeben, die zur Erleichterung und zur Rechtssicherheit beitragen. Besonders das flächendeckende Notarztsystem wurde auf eine solide Grundlage gestellt. Aber auch der Aufbau „Integrierter Leitstellen“, die nunmehr nach und nach im ganzen Land errichtet werden, stellt einen Meilenstein dar.

Die örtlichen Feuerwehren sind unverzichtbarer Bestandteil der inneren Sicherheit und zudem Pfeiler einer lebendigen Gemeindkultur. Rund 60.000 Männer und Frauen in circa 2.400 Feuerwehreinheiten leisten unentgeltlich ihren schützenden Dienst für die Allgemeinheit. **Seit 2001** hat die Landesregierung **rund 70 Mio. Euro** in die Ausstattung der **Feuerwehren** investiert.

4.2 Moderne und bürgerfreundliche Justiz

Die rheinland-pfälzische Justiz ist modern und bürgerfreundlich. Die ständige Verbesserung der technischen Ausstattung unserer Gerichte, Staatsanwaltschaften und Vollzugsanstalten ist ein Schwerpunkt der Politik der Landesregierung.

Ein wichtiger Schritt zu mehr Bürgerfreundlichkeit und zu einer Vereinfachung und Beschleunigung von Gerichtsverfahren ist die **Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs**. Auf diesem Gebiet nimmt die rheinland-pfälzische Justiz bundesweit eine Spitzenstellung ein. Anwälte, Behörden und andere Beteiligte können sich rund um die Uhr mit Hilfe des Internets über den Stand eines Verfahrens informieren und Einsicht in die elektronische Gerichtsakte nehmen. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Pilotprojekts beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 wurde der elektronische Rechtsverkehr im Laufe der ersten Monate des Jahres 2005 bei allen Verwaltungsgerichten des Landes eingeführt. Die Sozialgerichtsbarkeit folgt bereits – bundesweit erstmalig.

Auch bei den Fachgerichten, der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie den Staatsanwaltschaften kommen modernste Informationsverarbeitungsgeräte und -techniken zum Einsatz, was z.B. dazu geführt hat, dass die **Fachgerichte** im Ländervergleich mit **die kürzeste Verfahrensdauer** haben.

In einem innovativen Kooperationsprojekt ist das zentrale Mahngericht Mayen seit April 2005 auch für die Mahnverfahren im Saarland zuständig. Mit modernster Informationstechnologie werden jährlich über 400.000 Anträge schnell und effektiv bearbeitet.

Zwischen Anfang 2001 und März des Jahres 2004 sind alle **2,3 Millionen Papiergrundbücher** der 47 Grundbuchämter des Landes **digitalisiert** worden. Gleichzeitig wurde eine moderne Software zur maschinellen Grundbuchführung eingeführt. Bereits seit Juli 2002 ist es in Rheinland-Pfalz möglich, im Internet das elektronische Grundbuch einzusehen. Behörden, Notare und andere berechnigte Nutzerkreise haben so Zugriff auf die Grundbücher, ohne an Öffnungszeiten gebunden zu sein. Darüber hinaus wurde der Datenaustausch zwischen Grundbuch und Kataster realisiert.

Am 1. Juni 2005 ist beim Amtsgericht Zweibrücken der Startschuss zur elektronischen Führung des Handelsregisters, des Genossenschaftsregisters, des Partnerschafts- und des Vereinsregisters in Rheinland-Pfalz gefallen. Landesweit werden diese Projekte im Jahr 2006 abgeschlossen sein.

Seit September 2003 sind unter der Netz-Adresse „www.insolvenzbekanntmachungen.de“ gerichtliche **Entscheidungen in Insolvenzverfahren** von allen Bürgerinnen und Bürgern **online abrufbar**. Rheinland-Pfalz ist eines der ersten Bundesländer, das diese Form der Veröffentlichung umgesetzt hat. Durch die Nutzung des Internets werden Kosten gespart und Arbeitsabläufe beschleunigt.

Im Mai 2004 ist Rheinland-Pfalz dem länderübergreifenden **Entwicklungsverbund „forumSTAR“ beigetreten**. Bei der Gerichtssoftware „forumSTAR“ handelt es sich um ein modernes und zukunftsorientiertes IT-Verfahren für die ordentliche Gerichtsbarkeit. Im Jahr 2006 soll der Pilotbetrieb beim Amtsgericht Mainz starten.

Auch die rheinland-pfälzischen **Staatsanwaltschaften** sollen mit einem neuen, zukunftssicheren IT-Verfahren modernisiert werden. Zu diesem Zweck ist die Justiz Rheinland-Pfalz dem länderübergreifenden **Entwicklungsverbund „web.sta“ beigetreten**. Das System wird bei der Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach im ersten Halbjahr 2006 im Alltagsbetrieb getestet. Abhängig von den Ergebnissen sollen alle rheinland-pfälzischen Staatsanwaltschaften noch 2006 folgen.

Am 30. Januar 2003 startete mit dem Projekt „Barrierefreier Internetauftritt der rheinland-pfälzischen Justiz“ eine vollständig überarbeitete Informationsplattform aller 97 Institutionen der rheinland-pfälzischen Justiz. **Unter „www.justiz.rlp.de“** werden auf mehr als 8.000 Seiten **umfassende Informationen und Serviceangebote** rund um die Justiz in Rheinland-Pfalz geboten. Seit Anfang 2003 können die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft über „Landesrecht-online“ kostenfrei auf die wichtigsten rheinland-pfälzischen Rechtsvorschriften zugreifen. Als weiterer Service wurde eine umfassende Rechtssprechungsdatenbank eingerichtet.

Die **Juristenausbildung** wurde **reformiert** und damit den geänderten Anforderungen der heutigen Berufswelt angepasst. Die Universitäten haben nunmehr die Möglichkeit, selbstständig Schwerpunktbereiche mit Wahlmöglichkeiten festzulegen und damit ihr Profil zu schärfen. Die bisher mit der Reform gewonnenen Erfahrungen sind durchweg positiv. Alle beteiligten Gruppen haben die Reform mit großem Einsatz umgesetzt und damit sowohl den Studierenden als auch den Rechtsreferendarinnen und -referendaren umfangreiche neue Ausbildungschancen eröffnet.

4.3 Verwaltungsmodernisierung

Die Modernisierung der Verwaltung ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Ziel ist eine moderne, kostengünstige, noch effizienter arbeitende und zugleich bürgerfreundliche Dienstleistungsverwaltung. Diesem Anliegen ist die Landesregierung ein gutes Stück näher gekommen.

In der vergangenen Legislaturperiode standen Fragen der Deregulierung sowie aufbau- und ablaufstrukturelle Veränderungen im Zentrum der Modernisierungsbestrebungen. Die **Einführung der Gesetzesfolgenabschätzung** in die Landesverwaltung hat beste Voraussetzungen für eine zukunftsgerichtete Deregulierung geschaffen. Die Landesregierung ist in diesem Bereich Vorbild für die Bestrebungen anderer Länder. Der **Abbau von Verwaltungsvorschriften** ist ebenfalls **beispielhaft**. Hier konnte die Zahl von knapp 1.000 zu Beginn der 90er Jahre auf 385 verringert werden. Erwähnenswert ist ebenso die Reduktion und Flexibilisierung von Standards im Rahmen des Ersten Landesgesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Aufbau- und Ablauforganisation

Die **Neuorganisation der Mittelinstanz hat sich bewährt**, dies wurde durch eine entsprechende Evaluation bestätigt. Effektivität und Effizienz des Verwaltungshandelns konnten erheblich verbessert werden, was nicht zuletzt auch von den „Kundinnen und Kunden“ der Mittelinstanz bestätigt wird. Ebenso verläuft die Personalreduktion im vorgegebenen Korridor.

Bedeutend für die Neuorganisation der Landesverwaltung ist weiterhin die rechtliche Verselbstständigung einer Vielzahl von betriebswirtschaftlich steuerbaren Bereichen. So wurden **etliche Landesbetriebe gegründet**. Zu nennen sind der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB), die Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz Ludwigshafen, das Staatsorchester Rheinische Philharmonie Koblenz, der Landesbetrieb Straßen und Verkehr (LSV), der Landesbetrieb Landesforsten und der Landesbetrieb Daten und Information (LDI).

Darüber hinaus wurden Behörden zusammengefasst. Beispiele hierfür sind die Neuordnungen der Forst-, Agrar- und Katasterverwaltung, bei denen jeweils die Zahl der Behörden erheblich reduziert werden konnte. Mit dem neuen Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung gelang es, die Vollzugsaufgaben im Sozialbereich in einer modernen Verwaltungsbehörde zu bündeln, so dass die entsprechenden Dienstleistungen schneller, effizienter und bürgernäher erbracht werden können. Auch im Bereich der Finanzverwaltung wurden große strukturelle Anstrengungen unternommen, ohne dabei die Präsenz in der Fläche aufzugeben. **Mit diesen Reformen** geht eine **erhebliche Kosteneinsparung** einher. So wird z.B. mit der Agrarverwaltungsreform eine Einsparung der Kosten von 40-50 Prozent bis zum Jahre 2015 erwartet.

Einsparungen von Verwaltungskosten und kürzere Bearbeitungszeiten ergeben sich auch durch die **eGovernment-Initiative „Rheinland-Pfalz 24“**, mit der sich der Kontakt zwischen Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung einfacher, schneller und flexibler gestaltet. Mehr Effizienz wird durch zahl-

reiche innovative Entwicklungen erreicht. Beispiele hierfür sind: der elektronische Rechtsverkehr, die automatisierte Antragsaufnahme bei der gesetzlichen Rentenversicherung oder die elektronische Steuererklärung (ELSTER).

Im April 2004 hat der Ministerrat zudem 121 Beschlüsse zur Verwaltungsmodernisierung gefasst. Mit ihnen werden vor allem die inneren Abläufe der Verwaltungen optimiert sowie der **Abbau von Überreglementierungen** für Kommunen und Wirtschaft vorangetrieben. Über 100 dieser Beschlüsse wurden bereits umgesetzt oder stehen kurz vor der Realisierung. Beispielhaft kann hier die Einführung eines Globalhaushalts für die Universität Mainz angeführt werden.

Eine ganz besondere **Erfolgsgeschichte** ist in dieser Hinsicht das von der Landesregierung im Jahre 2002 eingerichtete „**Bürgerbüro**“. Es stellt eine Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger in der Staatskanzlei dar, die eine schnelle und unbürokratische Kommunikation zwischen Bevölkerung und Verwaltung gewährleistet. In den gut drei Jahren seines Bestehens hat das „Bürgerbüro“ über 8.000 Anfragen und Petitionen erhalten und konnte in den allermeisten Fällen eine zügige und einvernehmliche Lösung erreichen oder den Menschen weiterhelfen. Sehr erfolgreich arbeitende Bürgerbüros sind auch in den Ämtern für Soziale Angelegenheiten eingerichtet.

4.4 Entlastung der Kommunen

Die Landesregierung ist zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ein guter, verlässlicher Partner der Städte und Gemeinden. Im Schulterschluss mit den Kommunen haben wir unser Land Schritt für Schritt nach vorne gebracht. Der Landtag hat im Jahr 2004 das **Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankert**. Zugunsten der Kommunen gilt damit der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“.

In enger Abstimmung mit den Kommunen hat die Landesregierung die Reform des Gemeindehaushaltsrechts in Angriff genommen. Künftig werden die Haushaltspläne nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung – der so genannten **Kommunalen Doppik** – erstellt. Dies ermöglicht nicht nur mehr Transparenz im kommunalen Haushalt für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch eine Verbesserung der Steuerungsfähigkeit in den Kommunen und eine nachhaltige Haushaltswirtschaft im Interesse künftiger Generationen.

Das Land kommt durch eine **faire Politik zugunsten der Kommunen** seiner Pflicht nach, gleiche oder vergleichbare Lebensbedingungen in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen. Zur Förderung der Städte und Gemeinden hat die Landesregierung aus sieben Programmen pro Jahr durchschnittlich 125 Mio. Euro bereitgestellt, das sind 625 Mio. Euro im Laufe dieser Legislaturperiode.

Die gezielte Aufwertung unserer Innenstädte ist ebenso wie die Dorferneuerung ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Ein Riesenerfolg war der 2004 erstmals ausgelobte Wettbewerb „Werkstatt Innenstadt“, aus dem Konzepte hervorgingen, die nun einen breiten Fundus an Ideen für alle Städte und Gemeinden bilden. Ebenso wie die Städte unterliegen auch unsere Dörfer einem Wandel. Das Dorf ist nur dann lebensfähig, wenn junge Familien in den Dörfern bleiben oder neu

hinzuziehen. Seit 1991 hat die Landesregierung über **322 Mio. Euro für die Dorferneuerung** investiert.

Kommunale Finanzen

Über den kommunalen Finanzausgleich erhalten die Kommunen einen wichtigen Teil ihrer Einnahmen. Hier kann die rheinland-pfälzische Landesregierung auf eine wegweisende Innovation verweisen: Der **Beistandspakt** aus dem Jahr 2003 **und** der im vergangenen Jahr beschlossene **Stabilisierungsfonds schützen die Kommunen** nicht nur vor einem konjunkturbedingten Rückgang von Landeszuweisungen, sondern garantieren dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) ein Mindestwachstum von jährlich einem Prozent.

Dieses **System ist bundesweit einmalig** und gibt den Kommunen wertvolle Planungssicherheit. Ohne den Beistandspakt und ohne das Gesetz zur Einrichtung des Stabilisierungsfonds müssten die Kommunen bis einschließlich 2006¹ Mindereinnahmen von über 624 Mio. Euro verkraften. Durch den Beistandspakt konnte die Investitionsquote der Kommunen in Rheinland-Pfalz deutlich über dem Durchschnitt der bundesdeutschen Kommunen gehalten werden. Zudem ist mit dem zinslosen Darlehen des Landes an seine Kommunen bis einschließlich 2006 ein **Zinsvorteil für die Gemeinden in Höhe von mindestens 32 Mio. Euro** verbunden, der sich in den Folgejahren auf über 100 Mio. Euro ausweiten kann.

Die **Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen erholen sich** nach den starken Einbrüchen der letzten Jahre. Das Niveau des Rekordjahres 2000 wurde 2004 in Rheinland-Pfalz wieder erreicht. Gegenüber 2003 stiegen hier die Einnahmen der Kommunen aus der Gewerbesteuer um 37,5 Prozent bzw. 245 Mio. Euro. Diese hohe Zunahme lässt sich nur zu einem Teil auf die anziehende Konjunktur zurückführen. Einhundert Millionen Euro der Verbesserung ergaben sich durch die jeweils zur Hälfte von Bund und Land getragene Absenkung der Gewerbesteuerumlage. Auch im Jahr 2005 setzte sich die Erholung der Gewerbesteuereinnahmen fort. Die rheinland-pfälzischen Kommunen konnten hier in den ersten drei Quartalen eine weitere Zunahme um nochmals 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr verbuchen.

4.5 Zuwanderung und Integration

Eine der wesentlichen gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit ist es, das **Zusammenleben von Migranten und Einheimischen zu gestalten** und Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration der Zugewanderten zu schaffen. Dabei ist Integrationspolitik stets ein komplexer und langwieriger, von Spannungen und Konflikten nicht ganz freier Prozess. Von daher betrachtet es die Landesregierung als eine wichtige Aufgabe, Vorurteilen entgegenzuwirken und für eine Normalität des Zusammenlebens zwischen Einheimischen und Zugewanderten zu werben.

¹ Stand: Doppelhaushalt 2005/2006 (ohne Abrechnung der Finanzausgleichsmasse 2004 in Höhe von 51,2 Mio. Euro und der Finanzausgleichsumlage 2004 in Höhe von 2,9 Mio. Euro).

In diesem Kontext stellt das Zuwanderungsgesetz, das mit Unterstützung der Landesregierung verabschiedet wurde, ein sehr bedeutsames Signal dar.

Zu den wichtigsten Voraussetzungen einer erfolgreichen Integrationspolitik zählt die **Möglichkeit der gesellschaftspolitischen Partizipation**. Die Landesregierung fördert daher viele Formen der Teilhabe, darunter auch die Arbeit der kommunalen Ausländerbeiräte. Die Wahlen zu diesen Vertretungsgremien, die 2004 stattfanden, wurden von der Landesregierung in erheblichem Maße unterstützt.

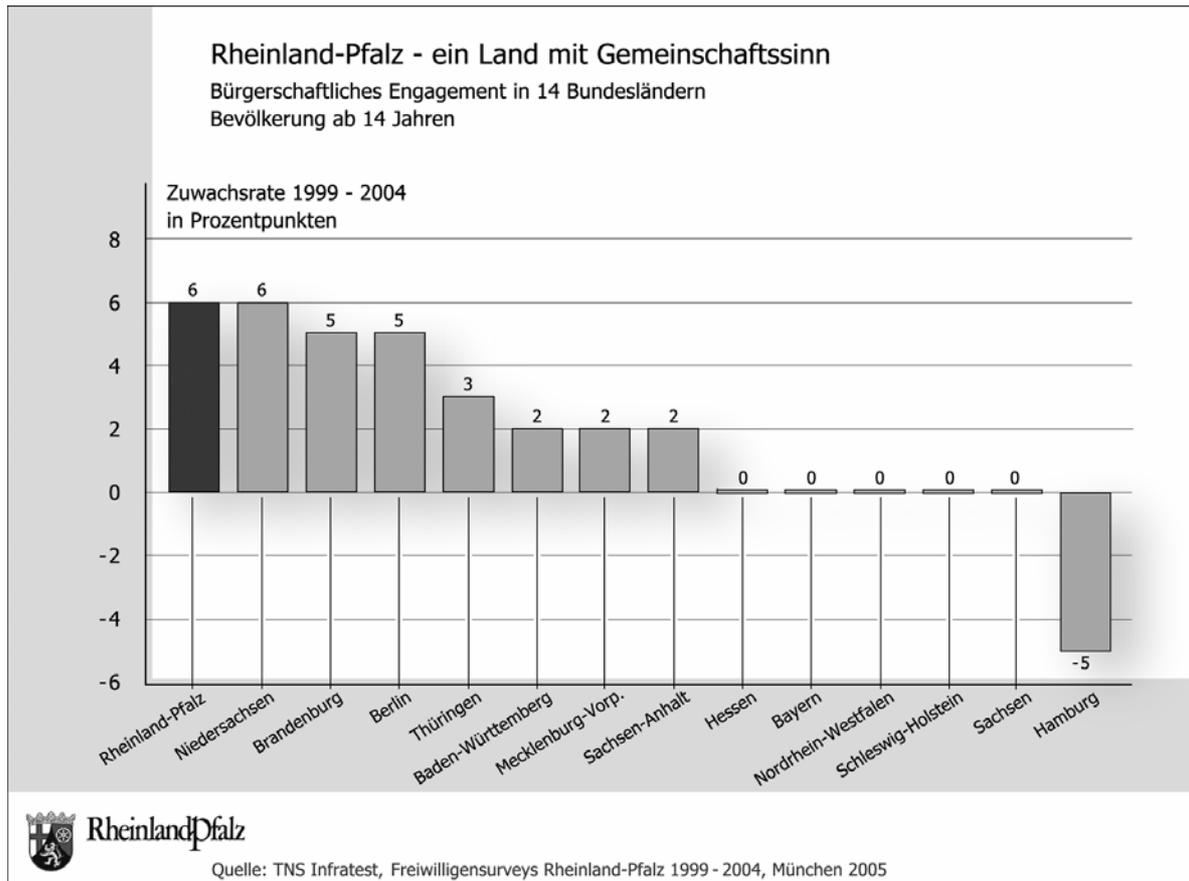
Erfolgreiche Integration bedarf auf der anderen Seite aber auch einer sensiblen und problembewussten öffentlichen Verwaltung. Mit dem bundesweit einzigartigen **Pilotprojekt „Interkulturelle Kompetenz für Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung“** trägt die Landesregierung den auf diesem Gebiet komplexer gewordenen Dienstleistungsanforderungen Rechnung. Vorhandenes Fachwissen und entsprechende Praxiserfahrungen zu bündeln und mit neuen Impulsen zu versehen, ist darüber hinaus die Aufgabe der 2002 gegründeten **„Rheinland-Pfälzischen Initiative für Integration“ (RIFI)**.

Ein wichtiger Aspekt der Integrationspolitik ist die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Ausländerbeauftragten der Landesregierung. Mit dem **Zuwanderungs- und Integrationsbericht** stellt sie z.B. Zahlen und Fakten über die Situation der zugewanderten Menschen sowie über die vielfältigen Integrationsmaßnahmen des Landes zur Verfügung. Künftig wird die Landesregierung alle zwei Jahre einen solchen Bericht vorlegen.

Die fortlaufende Beschäftigung mit zahlreichen Eingaben, Anfragen und Petitionen sowie der in vielfältigen Formen geführte Dialog mit den muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ergänzen ihren Informationsauftrag.

4.6 Bürgerschaftliches Engagement

Rheinland-Pfalz ist ein Land mit Gemeinschaftssinn. Mehr als eine Million Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Die Landesregierung hat die Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement zielstrebig und stetig verbessert. Nicht zuletzt deshalb ist Rheinland-Pfalz - zusammen mit Niedersachsen - dasjenige Land, in dem das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren am stärksten zugenommen hat.



Seit Anfang 2004 gibt es einen **Sammel-Haftpflicht- und einen Sammel-Unfallversicherungsvertrag für ehrenamtlich und freiwillig Tätige** in Rheinland-Pfalz. Zudem ist eine landesweit vernetzte Ehrenamtsagentur eingerichtet worden, deren Schwerpunkt die fachliche und finanzielle Unterstützung von lokalen Ehrenamtsbörsen, Freiwilligenzentren, Aktivbörsen und Mach-mit-Initiativen ist. Die mit ihrer Vereinsdatenbank **bundesweit einmalige Internetplattform „www.wirtun-was.de“** ist für alle Fragen des bürgerschaftlichen Engagements zum zentralen Informations- und Diskussionsforum geworden.

Neben dem sonstigen ehrenamtlichen Engagement leisten auch Stiftungen einen bedeutenden Beitrag für eine lebendige Bürgergesellschaft. Eine Stiftung in Rheinland-Pfalz zu gründen, ist deutlich attraktiver als im übrigen Deutschland. Diese Aussage des Deutschen Stiftungszentrums

unterstreicht die Qualität des neuen, von der Landesregierung reformierten Landesstiftungsgesetzes, das als fortschrittlichstes in Deutschland gilt.

In Rheinland-Pfalz gibt es inzwischen **mehr als 600 rechtsfähige Stiftungen** des bürgerlichen Rechts. Allein im Jahr 2004 sind hierzulande 50 Stiftungen neu errichtet worden, darunter auch mehrere Bürgerstiftungen.

4.7 Sport

Sport hat für die Menschen in Rheinland-Pfalz eine große Bedeutung. Er ist ein wichtiger Teil unserer Lebensqualität. Fast 1,5 Mio. Bürgerinnen und Bürger sind Mitglied in einem der über 6.000 Sportvereine des Landes. Ebenso viele Menschen treiben darüber hinaus außerhalb eines Vereins Sport. Mit rund drei Millionen Sportlerinnen und Sportlern zeigt sich Rheinland-Pfalz bestens in Form.

Der **Sport** und die hiesigen Sportorganisationen wurden in den Jahren 2001 bis 2005 von der Landesregierung **mit rund 54 Mio. Euro gefördert**. Das Land hilft beim Bau und bei der Modernisierung von Sportstätten und fördert über den Landessportbund die Arbeit der Verbände und jedes einzelnen Vereins. Das bewährte Sonderprogramm für Vereine mit eigenen Anlagen wurde in den vergangenen Jahren mehrfach erhöht und die Tätigkeit der Übungsleiter mit hohen Millionenbeträgen gefördert.

Die Landesregierung ist stolz, dass das Fritz-Walter-Stadion in **Kaiserslautern Austragungsort für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006** ist. Wegen seiner infrastrukturellen, touristischen und sportpolitischen Bedeutung hat das Land den Stadionausbau in Kaiserslautern finanziell unterstützt. Um deutlich zu machen, dass von einem solchen großen Ereignis der gesamte Sport – und nicht nur der Fußball – profitieren muss, hat die Landesregierung **für den allgemeinen Sportstättenbau zusätzlich 15 Mio. Euro** zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus verfügt Rheinland-Pfalz mit dem Nürburgring über die erfolgreichste Rennstrecke Europas. Mit dem **Projekt „Erlebnisregion Nürburgring“**, das die Landesregierung unterstützt, wird nicht nur der Motorsport neue Impulse erfahren, sondern auch die gesamte Region von dem ambitionierten Konzept profitieren, das neben sportlichen auch wirtschaftliche, strukturpolitische und touristische Perspektiven verfolgt. Mit einem geplanten Gesamtinvestitionsvolumen von 200 Mio. € wird ein jährlicher Besucherzuwachs von 500.000 und ein Umsatzplus von 50 Mio. € pro Jahr am Nürburgring angestrebt.

5. Umweltschutz und Nachhaltigkeit

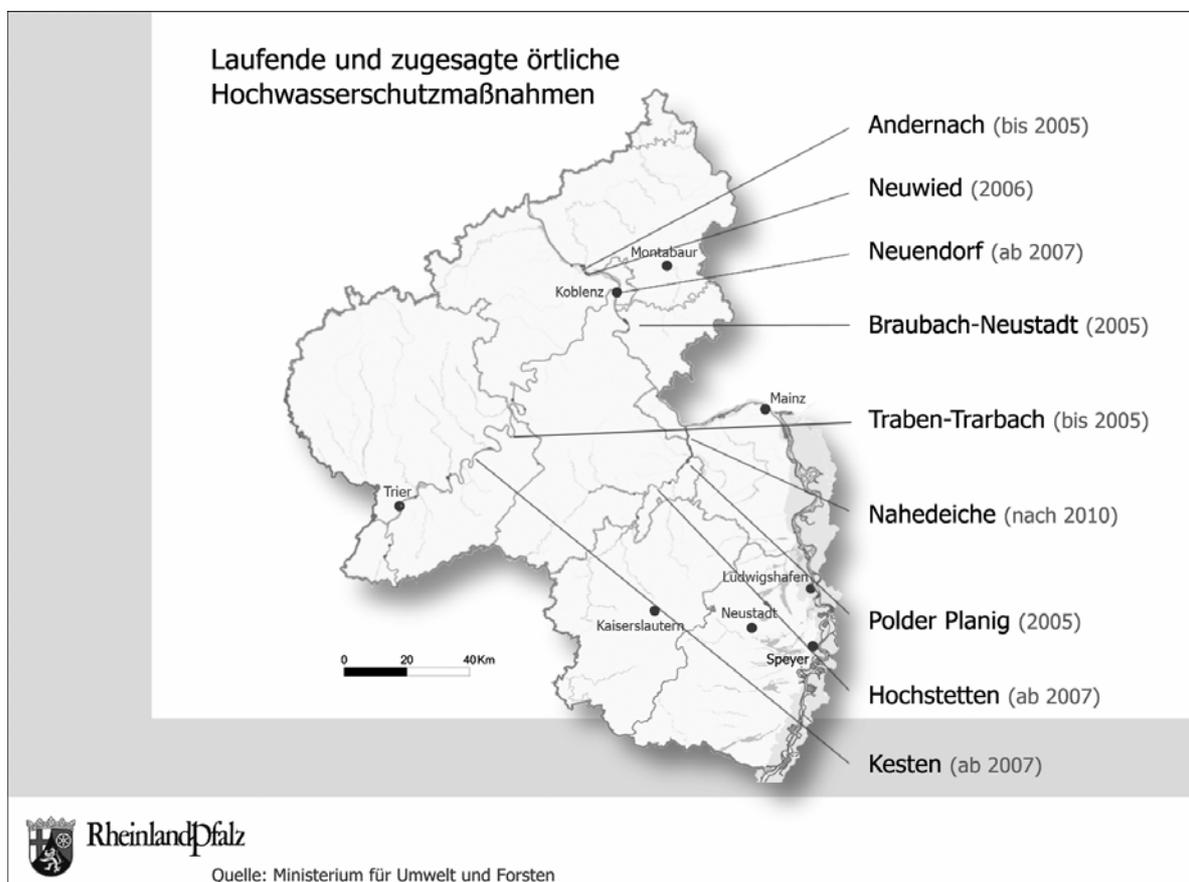
Der Gedanke der Nachhaltigkeit hat sich auf verschiedenen Feldern des politischen Wirkens zu einer wichtigen Handlungsmaxime entwickelt. Konkrete Anwendung findet dieser Grundsatz jedoch vor allem in der Umweltpolitik. Hier prägt die Idee eines schonenden, vorausschauenden und bedarfsgerechten Umgangs mit der Natur maßgeblich das Verständnis des umweltbewussten und verantwortungsvollen politischen Handelns.

Der weitsichtige und verantwortungsvolle Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist dabei nicht nur eine wichtige Bedingung für langfristigen wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes, sondern er trägt auch ganz entscheidend zum dauerhaften Erhalt bzw. zur Steigerung der Lebensqualität für die jetzige wie für kommende Generationen bei. In der zurückliegenden Legislaturperiode wurde daher das Prinzip der **Nachhaltigkeit in der Umweltpolitik** konsequent und entschlossen weiterverfolgt.

5.1 Hochwasserschutz

Seit Anfang der 90er Jahre verfügt Rheinland-Pfalz über ein **beispielhaftes integriertes Hochwasserschutzkonzept**, das im Wesentlichen auf drei Säulen beruht:

- Förderung des natürlichen Wasserrückhaltes in der Fläche;
- technischer Hochwasserschutz durch Deiche, Rückhalteräume und örtliche Schutzmaßnahmen;
- Stärkung der Eigenvorsorge.



Dieses nachhaltige Konzept hat national wie international Anerkennung gefunden und war Grundlage für den Hochwasseraktionsplan Rhein. Das Geld zum Schutz der Menschen am Fluss ist gut angelegt: In den vergangenen zehn Jahren sind **über 410 Mio. Euro investiert** worden. **Bis 2015** sollen **weitere 400 Mio. Euro** aufgewendet werden.

5.2 Naturschutz

Die für Rheinland-Pfalz so typischen Kulturlandschaften sind durch die Tätigkeit der Menschen historisch gewachsen. Deshalb ist die nachhaltige Entwicklung von Natur und Landschaft nur mit den Menschen möglich. Von der Nutzung unseres Landes hängt die Vielfalt der Natur und der Arten ab. Moderner Naturschutz in einem so verstandenen Sinne berücksichtigt daher die besondere Bedeutung einer natur- und landschaftsverträglichen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft für die Erhaltung und Entwicklung der Kultur- und Erholungslandschaft. Deshalb hat das Land ein **modernes Naturschutzgesetz** auf den Weg gebracht. Mit dem Konzept „Naturschutz durch Nutzung“ setzt die Landesregierung statt auf Konfrontation auf Kommunikation und bindet so die verschiedenen Landnutzer in eine ökologisch und wirtschaftlich tragfähige Landnutzung ein.

Sieben ausgewiesene Naturparks bieten in Rheinland-Pfalz Raum für wirtschaftliche Entwicklung und sanften Tourismus. Im Jahr 2005 wurde der Naturpark Soonwald-Nahe neu gegründet. Die Naturparks haben einen Anteil an der Landesfläche von 26,7 Prozent; ihre Arbeit wurde durch die Landesregierung von 2001 bis 2005 mit rund 4,6 Mio. Euro unterstützt.

5.3 Forstwirtschaft

Rheinland-Pfalz ist mit 42 Prozent Anteil an der Gesamtfläche das walddreichste deutsche Land. Das Ökosystem Wald ist jedoch nicht nur für Erholung und Naturschutz wichtig. Fast 150 Millionen Bäume im Land produzieren jährlich über fünf Millionen Kubikmeter Holz, den Rohstoff für den drittgrößten Wirtschaftszweig in unserem Land, die Holzbe- und -verarbeitung. Dieser Sektor hat in Rheinland-Pfalz mit 8 Prozent einen überdurchschnittlichen Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Er bietet vor allem im ländlichen Raum Arbeit und Verdienstmöglichkeiten.

Mit der **Forstreform** hat die Landesregierung der **Forstwirtschaft zukunftsfähige Strukturen gegeben**, ihr die Erfüllung der aktuellen Aufgaben erleichtert und sie auf ihre zukünftigen Aufgaben vorbereitet. Grundlage für diese Strukturreform waren das Landeswaldgesetz und in der Folge die Zusammenfassung und Spezialisierung der bisherigen 88 auf jetzt 45 Forstämter. Damit ist neben der gezielten Entwicklung eines naturnahen Waldbaus die bessere Ausrichtung auf Kunden und auf Produkte möglich, d.h. die effiziente Vermarktung und Nutzung des nachwachsenden Rohstoffs Holz und die Ausschöpfung der Potenziale für erneuerbare Energien.

5.4 Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Nachdem in der Vergangenheit eine flächendeckende Ausstattung der Wasserversorgungsanlagen erreicht werden konnte, ist mittlerweile fast die gesamte Bevölkerung von Rheinland-Pfalz an Kana-

lisation und Kläranlagen angeschlossen. Der Standard der Einrichtungen ist hoch und bietet die Gewähr für saubere Gewässer, was nicht zuletzt auch der persönlichen Gesundheit der Menschen im Land zugute kommt. Die Landesregierung hat den rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden in den vergangenen fünf Jahren **mehr als 542 Mio. Euro für** Baumaßnahmen zur **Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung** zur Verfügung gestellt.

5.5 Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Tierschutz

Bei der Förderung des Verbraucherschutzes nimmt Rheinland-Pfalz in Bezug auf die Anzahl der Einwohner den **Spitzenplatz unter den Bundesländern** ein. Die Kosten der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz übernimmt zu über 70 % das Land.

Zu einem umfassenden Verbraucherschutz gehört auch eine **fortschrittliche Ernährungsberatung**. Mit dem Dienstleistungszentrum Westerwald-Osteifel wurde ein Kompetenz-Zentrum für Ernährungsberatung eingerichtet, das die Arbeit der Ernährungsberatung an den anderen Dienstleistungszentren im ländlichen Raum koordiniert.

Ein **intensiver Verbraucherschutz** erhöht auch die Lebensqualität in unserem Land: Gesunde Tiere und gesundheitlich unbedenkliche Lebensmittel sind hierfür unerlässlich. Gesunde Nahrungsmittel, denen die Verbraucherinnen und Verbraucher vertrauen können, gibt es nur durch eine sorgsame Kontrolle der Produkte. So untersucht die Lebensmittelüberwachung in Rheinland-Pfalz jährlich 23.000 Proben in Handel, Kantinen und Gaststätten.

Durch die intensive Mitwirkung an der Diskussion um die Strategie für eine zukünftige EU-Chemikalienpolitik (REACH) verfolgt Rheinland-Pfalz das Ziel, durch **hohe Umwelt- und Gesundheitsstandards** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Verbraucher und Verbraucherinnen zu schützen. Gleichzeitig wird auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Auge behalten werden.

Als Konsequenz aus der BSE-Krise wurde die Notwendigkeit vermehrter **Transparenz bei der Rindfleischerzeugung** gefordert. Die Landesregierung unterstützt hierzu das Prüfsiegelprogramm für Rindfleisch der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz. Aber auch andere Tierseuchen, wie z.B. Fuchstollwut oder Schweinepest, gilt es zu bekämpfen. Die Landesregierung hat in diesem Bereich große Anstrengungen unternommen und gemeinsam mit Landwirten, Jägern und Veterinären erfolgreich die Schweinepest bei Wildschweinen bekämpft und somit die Möglichkeit eines Übergreifens auf Hausschweine bereits im Vorfeld vereitelt. **Für die Impfung** von Schwarzwild und Füchsen **gegen Tollwut** hat die Landesregierung **7,5 Mio. Euro investiert**.

Der **Schutz der Tiere** geht über die spezifische Krankheitsvorsorge hinaus. Er ist für uns ein **wichtiges** generelles **Anliegen**. Bereits im März 2000 wurde deshalb der Tierschutz in der Landesverfassung verankert, und die Landesregierung hat sich im Jahr 2002 nachdrücklich für seine Aufnahme als Staatsziel in das Grundgesetz eingesetzt. Zudem wird mit maßgeblicher Unterstützung von Rheinland-Pfalz die Käfighaltung für Legehennen ab 2007 abgeschafft werden. Auch hinsicht-

lich der Tiertransporte konnten erste Verbesserungen erreicht werden, wie etwa bei der Dauer der Transportzeiten oder der Ausstattung der Transportfahrzeuge.

Ein bedeutsamer Partner beim Tierschutz sind die vielen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger, die sich privat oder in den 60 Tierschutzvereinigungen im Land engagieren. Die Landesregierung unterstützt deren vorbildliche Arbeit auf vielfältige Weise.

5.6 Energieversorgung

In der Energiepolitik verfolgt die Landesregierung ein klares Ziel: eine Energieversorgung zu gewährleisten, die sicher, preisgünstig, umweltgerecht und nachhaltig ist. Unter Berücksichtigung dieser Maxime wurden **seit 1990 rund 6.000 Einzelmaßnahmen** mit einem Volumen von über **30 Mio. Euro gefördert**. Zusätzlich zu den laufenden Maßnahmen wurde im Herbst 2004 ein Darlehensprogramm für die Bereiche Technologie und Energie mit einem Volumen von je 20 Mio. Euro aufgelegt, das über die Investitions- und Strukturbank (ISB) abgewickelt wird.

Neben der Energieeinsparung und der effizienten Energienutzung setzt die Landesregierung in ihrer Politik auf einen breit aufgestellten **Energiemix aus fossilen und erneuerbaren Energien**. Dies gilt etwa in Bezug auf Biomasse oder für die Nutzung der Geothermie im Bereich des Oberrheingrabens. Auch Technologien der Fotovoltaik und der Solarthermie bieten rheinland-pfälzischen Unternehmen bereits heute hervorragende Chancen auf den Weltmärkten. Zudem ermöglicht ein ausgewogener Energiemix, flexibel auf steigende Energiepreise zu reagieren.

Eine **nachhaltige Energiepolitik** ist ein Beitrag zu einem aktiven Klimaschutz. Die Landesregierung unterstützt deshalb auch die Unternehmen bei der Ausführung des Treibhausgasemissionsgesetzes durch zusätzliches qualifiziertes Personal in den Struktur- und Genehmigungsdirektionen. In gleicher Weise setzt sie sich dafür ein, dass insbesondere kleinere Unternehmen hierbei auch Beistand erhalten.

Wichtige Fortschritte sind deshalb in der vergangenen Legislaturperiode auf diesem Feld erzielt worden. So konnte der Primärenergieverbrauch um 3,1 Prozent, die klimarelevanten CO₂-Emissionen um 7,4 Prozent und der Ausstoß von Schwefeldioxid um 21,4% verringert werden. Demgegenüber gelang bei den emissionsfreien bzw. CO₂-neutralen Energiegewinnungsformen eine Steigerung von 17,6 Prozent.

Zudem hat die Landesregierung erwirkt, dass das **Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich** in den Atomkonsens aufgenommen wurde. Die Genehmigung zur Stilllegung wurde am 16. Juli 2004 erteilt. Das Kernkraftwerk **wird** seitdem **zurückgebaut**.

6. Internationale Beziehungen und Partnerschaften

Als europäische Kernregion unterhält Rheinland-Pfalz ein engmaschiges Netz von vielfältigen politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen sowie gesellschaftlich-kulturellen Beziehungen zu Nachbarn und Partnern in Europa und Übersee. Diese internationalen Kontakte und grenzüberschreitenden Kooperationen sind in den vergangenen Jahren dynamisch weiterentwickelt worden. Die Landesregierung folgt damit ihrem selbst gesetzten Ziel, sowohl in Europa als auch international an einer friedlichen Zukunft im Interesse aller verantwortungsvoll mitzuwirken.

6.1 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Traditionsgemäß hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für unser Land eine besondere Bedeutung. Rheinland-Pfalz hat sich deshalb mit seinen Nachbarn in Belgien, Frankreich, Luxemburg, im Saarland und in der Schweiz zu Kooperationsräumen zusammengeschlossen. Die **Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie-Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens** im Norden sowie die **deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz** im Süden dienen dem Ziel, den Menschen über die Grenzen hinweg nicht nur intensivere Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten zu eröffnen, sondern diesen Grenzregionen auch wirtschaftliche, raumordnerische und ökologische Impulse zu geben. Beispiele dafür sind das Biosphärenreservat Pfälzerwald/Nordvogesen, die Infrastrukturverbesserungen im grenzüberschreitenden Schienenverkehr in der Südpfalz oder der „Raumordnerische Orientierungsrahmen für das Oberrheingebiet“.

Einen ganz besonderen Stellenwert hat hierbei das „**PAMINA-Jugendnetzwerk**“. Es schafft eine breite Basis für Begegnungsmöglichkeiten für Jugendliche aus der Pfalz, der mittleren Oberrheingebiet und dem Nordelsass – insbesondere in den Bereichen Sport und Musik.

Eine aktive Bürgergesellschaft lebt von der Beteiligung aller Altersgruppen. Aus diesem Grund hat Rheinland-Pfalz gemeinsam mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens ein Programm zum Austausch älterer Freiwilliger ins Leben gerufen. Wichtige Themen sind hier z.B. die Sicherheit von älteren Menschen, die Erwachsenenbildung, Altenheim- und Krankenhausbesuche oder die Hospizarbeit.

Konkret und bürgernah gestaltet sich auch die **Gipfelpräsidentschaft** der Großregion Saarland-Lothringen-Luxemburg-Rheinland-Pfalz-Wallonie-Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens **des Ministerpräsidenten** von Januar 2005 bis Juni 2006. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident hat hierfür ein konkretes Arbeitsprogramm mit einem festen Fahrplan für die Bereiche Wirtschaft, Bildung und Kultur vorgelegt.

6.2 Außenbeziehungen und Partnerschaften

Auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen werden zu über 50 Staaten auf der ganzen Welt Kontakte und Austauschbeziehungen unterhalten. Ziel ist es, diese internationalen

Verbindungen zu pflegen und auszubauen. In einer Vielzahl von Vereinbarungen und gemeinsamen Projekten konnten diese Außenbeziehungen weiter vertieft werden.

Die Lebendigkeit der internationalen Beziehungen zeigt sich in besonderer Weise in den engen und freundschaftlichen Bindungen des Landes zu seinen europäischen Regionalpartnern in Burgund, Oppeln und Mittelböhmen. Mit der Gründung des „**4er Netzwerks der Regionalpartner**“ am 21. Mai 2003 ist eine beispielhafte Verbindung zwischen Gebietskörperschaften auf europäischer Ebene gelungen.

Gemeinsame Konferenzen, regelmäßige Delegationsbesuche, Begegnungen von Kommunalvertretern sowie der Austausch von Wissenschaftlern, Lehrern und Schülern sind fester Bestandteil der zehn Jahre alten **Partnerschaft mit South Carolina** geworden. Der Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen sowie die Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung zur zukünftigen Ausrichtung der Partnerschaft zwischen South Carolina und Rheinland-Pfalz“ im Dezember 2003 verdeutlichen den hohen Stellenwert, den die transatlantischen Beziehungen im Rahmen der internationalen Aktivitäten der Landesregierung einnehmen.

Geprägt von zahlreichen Kontakten und Kooperationen im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, ökologischen und kulturellen Bereich zeichnet sich die seit über 15 Jahren bestehende **Partnerschaft zur südchinesischen Provinz Fujian** durch eine besondere Dynamik aus. Durch die Delegationsreise des Ministerpräsidenten im Oktober 2004 und die Wirtschaftsdelegationsreisen in den Jahren 2003 und 2005 ist es gelungen, der Verbindung wichtige Impulse zu geben und Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich die Partnerschaft fruchtbar weiterentwickeln kann. Die Beachtung rechtsstaatlicher Bedingungen vor Ort ist bei allen Kontakten dieser bilateralen Beziehung ein wichtiger Gesichtspunkt für die Landesregierung.

Im Jahr 2002 feierten Rheinland-Pfalz und die **Republik Ruanda** das zwanzigjährige Bestehen ihrer **Partnerschaft**. Im Rahmen von weit über eintausend Projekten leistete Rheinland-Pfalz und vor allem seine Bürgerinnen und Bürger im Partnerland Ruanda Hilfe zur Selbsthilfe. Diese „Graswurzelpartnerschaft“ stellt ein einzigartiges Modell moderner Entwicklungszusammenarbeit dar, das sogar bei den Vereinten Nationen große Anerkennung genießt, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Frage der Menschenrechte hier bei allen Kooperationen und offiziellen Kontakten einen hohen Stellenwert einnimmt. Bis 2004 wurde diese Partnerschaft mit insgesamt über 44 Mio. Euro Landesmitteln und mehr als 10 Mio. Euro Spenden gefördert.

Einen weiteren Bereich internationaler Solidarität stellt die **Hilfe für die Opfer der Tsunami-Katastrophe** in Sri Lanka dar. Mit der Not- und Wiederaufbauhilfe aus Rheinland-Pfalz konnten schon zahlreiche Projekte erfolgreich unterstützt und finanziert werden. Über drei Millionen Euro sind dafür bereits nach Sri Lanka geflossen. Die beiden neu geschaffenen Koordinierungsstellen – in Mainz und in Colombo – betreuen und überwachen die Hilfsmaßnahmen hier und vor Ort.

7. Ausblick: Demographischer Wandel – Herausforderung und Chance

Die sozial-liberale Landesregierung ist 2001 angetreten, auf der Grundlage tragender Werte und verlässlicher Politik, Verantwortung für Rheinland-Pfalz zu übernehmen. Die Erfolge ihrer Politik, die hier auf zahlreichen Feldern dokumentiert wurden, machen deutlich, dass Rheinland-Pfalz in den zurückliegenden Jahren auf breiter Front gut vorangebracht werden konnte.

Gleichwohl warten in der Zukunft auch weitere, zum Teil sehr bedeutsame Herausforderungen auf uns. Die **demographische Veränderung unserer Gesellschaft** stellt ein solches herausragendes Phänomen dar. Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass für die gesamte politische, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten der demographische Wandel uns allen ein neues Denken abverlangen wird. Der demographische Wandel erfordert die Bereitschaft der Menschen zu lebenslangem Lernen und die Fähigkeit der Gesellschaft, das vorhandene Potential an Wissen und Kreativität zu erweitern und optimal zu nutzen.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Landesregierung bereits **erste Handlungsschritte unternommen**. Mit einem neuen Landesentwicklungsplan stellen wir uns konsequent auf den demographischen Wandel ein. Durch zwei Kabinettsklausuren und eine große Fachtagung, zusammen mit Kommunalvertretern, erfuhr der landesinterne Diskussionsprozess einen intensiven Anstoß. Begleitet wurde dieser Verlauf durch Untersuchungen des Statistischen Landesamtes zur Entwicklung des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2050 und seinen konkreten gesellschaftlichen Auswirkungen. Die Bewertung der Folgen dieser Entwicklung aus Sicht kommunaler und regionaler Entscheidungsträger, die im Rahmen von drei Regionalstudien ermittelt wurde, fand Eingang in einen Leitfaden für den Umgang mit dem demographischen Wandel, welchen die Landesregierung zur Unterstützung der kommunalen Arbeit entwickelte.

Im Verbund mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz, die im Rahmen ihrer Aktivitäten verschiedene Zukunftsszenarien und Handlungsstrategien entwirft sowie auf Praxistauglichkeit hin überprüft und diskutiert, ist die Landesregierung bemüht, den **Auswirkungen zukünftiger Entwicklungen schon jetzt Rechnung zu tragen**. Rheinland-Pfalz ist mit dieser Politik am „Puls der Zeit“ und hat demzufolge, wie die Studie des Berlin-Instituts „Deutschland 2020. Die demographische Zukunft der Nation“ bestätigt, **sehr gute Zukunftschancen**.

Die Landesregierung versteht die umfassenden wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Veränderungen, die uns bevorstehen, als Chance und Ansporn zu Kooperation und Wettbewerb um die besten Ideen. Sie wird diese nutzen, um gemeinsam mit den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern eine bessere Zukunft zu gestalten.

Impressum

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der rheinland-pfälzischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist in dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht so verwendet werden, dass es als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Herausgeber:

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Walter Schumacher (V.i.S.d.P.)
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Gestaltung:

Institut für Mediengestaltung
Fachhochschule Mainz
Wallstraße 11
55122 Mainz